

Wöchentlich 20 Blätter monatlich  
3.- Reichsmark im voraus jährlich.  
Unter Geschäftsbedingungen im In- und Aus-  
land 3.00 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Kultur-  
ten Sonntagsausgabe, „Welt und Zeit“  
bringt den Lesern „Unterhaltung  
und Wissen“, „Was der Blomberg“,  
„Stabellage“, „Bauernhumor“,  
„Der Kinderfreund“, „Jugend-Be-  
wörter“, „Blitz in die Hörschule“,  
„Kulturarbeit“ und „Lehramt“  
erscheint wöchentlich zweimal,  
Sonntags und Montags einmal.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konparierung  
des „Vorwärts“ mit dem „Reichs-  
markt“ „Kleine Anzeigen“ des letz-  
tergenannten Blattes, jedes weitere Wort  
12 Pfennig, die Anzeigen des „Vor-  
wärts“ 10 Pfennig, jedes weitere Wort  
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben  
zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt  
Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für  
Abonnenten Seite 40 Pfennig, Anzeigen-  
annahme im Hauptgeschäft Linden-  
straße 3, wochentags von 8<sup>1/2</sup> bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Bemerkungen: Dindorf 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat, Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37586 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten Volkstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

# Sturmfronten im Reichstag.

## Völkische Provokation. — Der deutschnationale Vizepräsident Graef duldet Beschimpfung der Republik. — Die Sitzung im Entrüstungsturm vertagt.

Die gestrige Sitzung des Reichstags endete im Sturm. Der völkische Abg. Dr. Fric, einer der Hochverräter aus der Zeit des Hitlerputsches, hat ihn hervorgerufen. Der deutschnationale Vizepräsident Graef hat ihn durch seine Geschäftsführung zum Ort anwachsen lassen.

Beratung des Justizetats. Genosse Saenger richtete in glänzender Rede wichtige Angriffe gegen den Reichsjustizminister Dr. Hergt und gegen die Rechtsbeugung zugunsten der Hitlerputschisten in Bayern. In wenigen Sätzen war Herr Hergt charakterisiert: denaturierter preußischer Dunstgeist — der Reichsjustizminister deckt den Stahlhelm —, er weigert sich aus parteipolitischen Gründen, sich zu einer Verfassungsfrage zu äußern. Dann rissen unwillkürliche Tatsachenaussagen der Rechtsbeugung in Bayern die Maske vom Gesicht: Hitler verurteilt, Rahr nicht — Lössow und Rahr, zwei überführte Hochverräter, von der bayerischen Justiz freigelassen. Preger, der Befandte des Hochverrats, heute noch republikanischer Gesandter in Berlin. Alle Beschönigungsversuche über die Justizkrise zerfielen vor der Wucht dieser Anklagerede.

Hergt antwortete, verlegen, hilflos, ohnmächtig — über Bayern könne er sich nicht äußern. Die Untersuchung sei noch nicht zu Ende. Er werde selbstverständlich die Verfassung „stets nur loyal auslegen“.

Dann brach der Sturm los — Hergts Parteifreund Graef ließ als Vizepräsident des Reichstags die Verfassung in Monarchistischer Amtsführung auf das niederträchtigste und gemeinste beschimpfen. Herr Fric, eine der dunkelsten Gestalten aus dem Lager der bayerischen Hochverräter, las vom Manuskript eine Folge von Beschimpfungen der Republik und ihrer Staatsmänner ab, die außerhalb des Schutzes der Immunität zu wiederholen er zu feige ist.

Dieser Mensch beschimpfte Erzberger noch im Tode — das Verbrechen der Erzbergermörder wiege federleicht gegen die todeswürdigen Verbrechen Erzbergers. Herr Graef erteilte einen sanften Ordnungsruf.

Fric beschuldigte Hermann Müller, Scheidemann, andere republikanische Staatsmänner des Hochverrats — Herr Graef aber schwieg.

Fric beschimpfte Rathenau — Herr Graef aber schwieg.

Fric bezeichnet die Republik als ein jämmerliches, auf Meinel und Hochverrat aufgebautes Gebilde — Herr Graef aber schwieg.

Ein Sturm der Entrüstung brandete auf gegen den Hochverräter und Mörderfreund auf der Tribüne und gegen den Vizepräsidenten des Reichstags der Republik, der diese Sammlung von Gemeinheiten und Beschimpfungen der Republik duldet.

Dieser Vizepräsident warf zwei Kommunisten aus dem Saale, die sich empört gegen den völkischen Provokateur wandten, indem er selbst durch seine Unterlassung die Würde des Reichstags und der Verfassung auf das schwerste verletzte.

Dieser Mann ist als Vizepräsident unmöglich! Seine Haltung war eine einzige Monarchie. Es ist derselbe Mann, der seinerzeit als Justizminister im Bürgerblock vorgesehen war und dann verschwinden mußte.

Herr Graef ist der Vorsitzende der völkischen Vereinigung der deutschnationalen Fraktion, er steht Herrn Fric also politisch nahe. Herr Graef hat sich seinerzeit als Vizepräsident des Reichstags geweigert, zu Ebert zu gehen und hat sich dann beschwert, als er keine Einladung zur Trauerfeier erhielt.

Herr Graef hat am 4. Mai 1921 im Reichstag in seiner Rede über den Erzbergerprozeß ausgeführt:

„Es ist dies gerade die Aufgabe des Strafverfahrens, festzustellen, ob von den Summen, die Herr Erzberger für kirchliche und politische Zwecke verwendet hat, wie man teilweise in der Öffentlichkeit annimmt — ob mit Recht oder Unrecht, lasse ich vollständig offen — etwas in den Taschen des Herrn Erzberger geblieben ist.“

Der stenographische Bericht verzeichnet an dieser Stelle „großen Lärm links und im Zentrum und Rufe: Pfu! Stöckel! Unerhört! Gemeinheit! Ehrabschneider!“. Der Reichstagspräsident rief den unbekanntem Zwischenrufer des Wortes „Ehrabschneider“ später zur Ordnung, nahm aber zu der Äußerung des Herrn Graef zugleich folgendermaßen Stellung:

„Ein angeblich in der Öffentlichkeit verbreitetes Gerücht ist von Herrn Graef mit großer Vorbehalten und Einschränkungen wiedergegeben worden, daß ich die Möglichkeit einer parlamentarischen

Rüge nicht für gegeben ansehe. Zu meinem Eingriff war ich allerdings bestimmt worden, weil mir ein in der Öffentlichkeit bekanntes Gerücht, daß Herr Erzberger fremde Gelder in seine Tasche hätte verschwinden lassen, durch den Mund des Herrn Graef zum erstenmal zur Kenntnis gekommen ist. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.)“

Das ist Herr Graef! Dieser Mann, der des einfachsten parlamentarischen Taktgefühls bar ist, eignet sich so wenig zum Vizepräsidenten des Reichstags der Republik wie zu ihrem Justizminister.

Der stürmische Zwischenfall im Reichstag ist nicht ein Fall Fric — dieser Mann ist durch die Befinnung gerichtet, die aus seiner Rede für die Mörder gegen den Ermordeten sprach — es ist ein Fall Graef. Der Fall des deutschnationalen Vizepräsidenten des Reichstags, der die ungeheuerlichsten Beschimpfungen der Republik parteiisch duldet und die Parlamentarier hinauswarf, die sich über die Propaganda des Hochverrats im Reichstag empörten.

Nach der großen Abrechnung des Genossen Sänger mit der Rahr-Justiz über die wir weiter unten berichten, und den verlegenen Antworten des Reichsjustizministers und des bayerischen Vertreters sprach am Schluß der gestrigen Reichstagsitzung der völkische Abgeordnete Dr. Fric. Seine Rede war eine einzige Provokation.

Abg. Dr. Fric (Nat.-Soz.) verlangt eine Amnestie für die Feindmörder, für den am Rathenau-Mord beteiligten Lechow und für die Erzberger-Mörder Schulz und Illiesen. Die Schuld der Schulz und Illiesen wiegt federleicht, so fährt er fort

gegenüber den todeswürdigen Verbrechen, die die Erzberger und Genossen gegen das deutsche Volk begangen haben.

(Stürmische Pfu!-Rufe und Entrüstungslundgebungen links und im Zentrum. Vizepräsident Graef ruft den Redner zur Ordnung.) Als der Redner weiter ausführt, Erzberger habe das deutsche Volk wehrlos gemacht, kommt es zu

### neuen Entrüstungslundgebungen.

Vizepräsident Graef erklärt, er werde nachher die Ausführungen des Redners prüfen und eventuell nachträglich einen Ordnungsruf erteilen.

Abg. Dr. Fric verlangt dann unter wachsender Unruhe der Bank die Anklage wegen Landes- und Volksverrats gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten Herrn Müller, Scheidemann und gegen den Reichstagspräsidenten Lössow.

Bei der Fortsetzung dieser Ausführungen steigert sich die Erregung in den Reihen der Sozialdemokraten und Kommunisten. Der kommunistische Abg. Florin tritt vor und ruft dem Redner zu: „Sie sind ein abgefelmter Lump!“ Vizepräsident Graef

ruft den Abg. Florin zur Ordnung und weist ihn unter großem Lärm aus dem Saale, als er seinen Juror trotzdem dreimal wiederholt. Abg. Florin verläßt den Saal, während zwischen den völkischen und den Kommunisten Schimpftrufe ausgetauscht werden.

### Der deutschnationale Präsident hört nichts!

Als Abg. Dr. Fric fortfährt, ruft Abg. Torgler (Komm.): „Diese wohl vorbereiteten Gemeinheiten laßt der Mensch vom Manuskript ab!“

Vizepräsident Graef erucht um Ruhe und meint, er müsse die Redefreiheit des Redners schützen, solange er sich in parlamentarischen Formen halte. Darauf wird von links gerufen: „Die hat er längst verlassen, aber das hören Sie nicht!“

Der kommunistische Abg. Borch geht mitten in dem allgemeinen Lärm auf die Rednertribüne und stellt sich drohend vor den Abgeordneten Dr. Fric, der seinerseits auch die Fäuste ballt und ruft: „Sowie Sie mich anfassen!“ Völkische und deutschnationale Abgeordnete kommen von rechts, Kommunisten von links die Treppe zur Rednertribüne herauf, aber es kommt nicht zu den erwarteten Tätlichkeiten, sondern Abg. Borch fügt sich schließlich dem Vizepräsidenten Graef, der ihn aus dem Saale weist.

### Fric beschimpft die Republik!

Nachdem einigermaßen Ruhe eingetreten ist, bringt Abg. Dr. Fric in der Fortsetzung seiner Rede Angriffe gegen den „Juden Rathenau“. Der soz. Abg. Heinig ruft den Demokraten zu: „Er beschimpft den toten Rathenau und Ihr seid ruhig!“ Weitere Angriffe des Abg. Dr. Fric auf lebende und tote Republikaner werden links und in der Mitte mit Entrüstungsrufen beantwortet. Ein Kommunist ruft: „Herr Präsident, müssen wir uns jede Frechheit gefallen lassen?“ Als Vizepräsident Graef meint, er könne den Redner nicht unterbrechen, ruft Abg. Jadesch (Komm.) dem Vizepräsidenten zu: „Wenn das so weiter geht, hole ich Sie herunter!“ Dr. Fric fordert weiter die Strafverfolgung des preußischen Staatssekretärs Dr. Weismann und des preußischen Abg. Heilmann. Er schließt unter großer Unruhe mit scharfen Angriffen gegen die Republik, die er ein jämmerliches auf Meinel und Hochverrat aufgebautes Gebilde nennt.

Von links und vom Zentrum kommen stürmische Pfu!- und Schimpftrufe.

Abg. Dr. Breitsch (Soz.) ruft dem Vizepräsidenten Graef zu: „Wollen Sie denn nicht einschreiten?“

Vizepräsident Graef: Ich habe vorher bereits gesagt, daß bei der allgemeinen Unruhe die Einzelheiten von mir nicht gehört werden. Ich behalte mir vor, die Rede nachher zu prüfen.

Abg. Dr. Breitsch (Soz.): Die anderen schließen Sie aus, das ist die Unparteilichkeit des deutschnationalen Vizepräsidenten! Unter andauerndem großen Tumult wird die Weiterberatung auf Sonntagabend, 12 Uhr, vertagt.

# Genosse Sänger gegen die Rahrjustiz

Der Reichstag fuhr gestern in der zweiten Beratung des Justizetats fort.

Abg. Haas-Baden (Dem.) stellt dabei fest, daß selbst höchste Richter die Tatsache des erschütterten Vertrauens zugeben, es handle sich bei dieser Vertrauenskrise um eine Nachkriegsercheinung. Der Justizminister habe die Frage, ob er die Verfassungsauslegung des Herrn Clag ablehne, nicht beantwortet. Der Redner fordert weiter die Rechtsreorganisation auf, zu prüfen, ob nicht schon jetzt die Justizverwaltung der Länder auf das Reich übertragen werden könne. Die Duldung hochverräterischer Untertriebe gegen das Reich im Jahre 1923 beweise die Notwendigkeit dieser Forderung.

Abg. Münzberg (Komm.): Der Redner trägt den Reichsjustizminister, ob er gewillt sei, die Rechtsbeugung und den Rechtsbruch des Reichsgerichts gegen Kommunisten zu dulden.

Abg. Dr. Bfeger (Bayer. Sp.): Die Vereinheitlichung der Organisationen der Justiz sei weder notwendig noch wünschenswert. Wir erstreben die Einheit unter Wahrung des Eigenlebens der Länder.

### Abg. Sänger (Soz.):

An das Reichsjustizministerium möchte ich die Frage richten, wie eigentlich heute der Stand der seit Jahren eingeleiteten Reform des deutschen Zivilprozeßrechts ist. Große Ge-

biete des Familienrechts des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wie es heute besteht, sind geradezu eine

### Cengnung grundlegender Bestimmungen der republikanischen Reichsverfassung.

Es ist einfach schlimm, daß heute noch nicht der Schutz des unehelichen Kindes, der in der Verfassung garantiert worden ist, in das Bürgerliche Gesetzbuch übergeführt worden ist. Der Gedanke der Gleichberechtigung der Geschlechter ist längst in anderen Staaten verwirklicht. Die jetzt noch im Bürgerlichen Gesetzbuch geltende eheherrliche Bevormundung ist nicht nur eine Annäherung derer, die sich die Herren der Schöpfung — das dümmste Wort, das je geprägt wurde — nennen, sondern ist auch eine Verletzung des in dem Artikel 119 der Verfassung niedergelegten Grundgesetzes der Gleichberechtigung der Frau. Was nun die Ehescheidung anbelangt, darf ich vielleicht zu diesem Kapitel der Reform des Scheidungsrechts ein offenes Wort an das Zentrum richten. Es geht nicht an, daß man selbst Toleranz für sich verlangt und die Toleranz anderen nicht gibt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie sich weiter mit Starrsinn einer Reform des Scheidungsrechts widersetzen, dann leugnen Sie die Grundlätze ihres eigenen politischen Daseins.

Durch die sogenannte Reform des Herrn Emminger ist eine vollkommene

### Ausschaltung des Laienelements in der Rechtssprechung

erfolgt. Was denkt der Herr Reichsjustizminister zu tun, um diesen Zustand der planmäßigen und bewussten Ausschaltung des Laien in der deutschen Rechtssprechung zu beenden? Die planmäßige Ausschaltung des Laien aus der deutschen strafrechtlichen Rechtssprechung ist eine glatte Verneinung des Artikels 1 der Reichsverfassung, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Als ich im Haushaltsausschuß des Reichstags auf bestimmte Fälle einer politischen Justiz in Bayern hinwies, hat mich der diplomatisch-juristische Vertreter Bayerns sehr hart angefahren. Damals hat der „Saenger“ Höflichkeit geschwiegen. (Allgemeine Heiterkeit.) Aber heute möchte ich unhöflicher werden. Es kommt durchaus nicht auf die Klasse der Urteile an, es kommt bei unserer Kritik auf die Frage an: Wie verhält sich die Justiz in den entscheidenden politischen Prozessen? Aus wenigen Urteilen kann man entnehmen, ob sich die Justiz, wie sie heute lebt, dem Staate verpflichtet fühlt. Da müssen wir nach wie vor bekennen, daß ein

### Verlagen auf der ganzen Linie

vorhanden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So, wie der Justizminister gegen meinen Freund Landsberg polemisiert hat, habe ich mir immer einen Minister der wilhelminischen Epoche vorgestellt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Leber den von ihm in Schutz genommenen Stahlhelm scheint der Minister nicht vollkommen unterrichtet zu sein, sonst hätte er in seiner Verteidigung des Stahlhelms etwas weniger warmblütig werden dürfen. Bei der Feier des Verfassungstages 1926 schrieb der „Stahlhelm“: „Der Weg zu Deutschlands Freiheit geht über die Leiche der Weimarer Verfassung.“ (Sehr wahr! bei den Nat.-Soz. — Lachen links.) Es ist immerhin etwas unvorsichtig, eine Bewegung, die so zum Hochverrat auffordert, in der deutschen Volksoberleitung in Schutz zu nehmen. Die Art, die der Reichsjustizminister gewählt hat, ist das ungeeignete Mittel, das Vertrauen zur Justiz zu fördern. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Der Minister hat sich aus rein parteipolitischen Gründen geweigert, zu einer Grundfrage des Verfassungsrechts Stellung zu nehmen. Wenn er uns die Aussage weiter verweigert, werden wir uns mit dieser Frage an den Reichsfinanzler wenden.

In diesen Tagen ist es gelungen, durch Tatsachen nachzuweisen, daß die Justiz eines großen deutschen Landes Jahre hindurch ohne Ausnahme in einem Maße versagt hat, für das es einen parlamentarischen Ausdruck überhaupt nicht gibt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der 1924 vom Bayerischen Landtag eingeführte Ausschuß zur Prüfung der Vorgeschichte des Hitler-Putsch hat gezeigt, wie leichtfertig mit seiner Zukunft von den Föderalisten und Bayern gespielt worden ist.

Dieses föderalistische Spiel mit der deutschen Bevölkerung ist nur möglich, weil diese sogenannten Herren Staatsminister föhlich der Donau bei einer jeden gesamtpolitischen Verantwortung waren und es noch heute sind. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Seht erst erfahren wir, welche ungeheure Schuld an dem Zusammenbruch der deutschen Justiz der sogenannte Kriminalföderalismus in Deutschland auf sich geladen hat.

Am 1. Mai 1923 wurde in München das qualifizierte Vergehen des Landesfriedensbruchs durch Herrn Hitler und seine Anstorianen begangen; Maschinengewehre wurden aufgeschrien, bewaffnete Haufen bildeten sich. Die Höchststrafe für dieses Verbrechen waren zwei Jahre Gefängnis. Ein jeder hat sich seit Jahr und Tag darüber gewundert, warum denn eigentlich der Herr Hitler wegen dieses Vergehens, das die Stadt München an den Rand eines blutigen Bürgerkrieges gebracht hat, niemals verfolgt worden ist. Refusiert dieser Verhandlungen, die im Dezember stattgefunden haben, ist folgendes: Am 1. August 1923 war das Verfahren abgeschlossen. Am 24. Mai 1924 wurde es eingestellt auf Grund der Emminger-Verordnung vom Januar 1924. (Lebhaftes: hört, hört!) Ich frage mich nun, warum das Verfahren nicht durchgeführt wurde. Der bayerische Justizminister sagte, Herr Hitler habe für den Fall einer Verhandlung mit landesverräterischen Enthüllungen gedroht. (Hört, hört! links.) Zweitens hätte die Durchführung einer Verhandlung eine Katastrophe für die bayerische Regierung bedeutet. (Lebhaftes Rufe links: hört, hört!) Drittens: durch eine Verurteilung sei die nationalföderalistische Bewegung kaum aufzuhalten gewesen. Das ist die

### Durchführung des Legalitätsprinzips gegenüber den Hitler-Leuten.

Ein anderes! Jeder hat sich darüber gewundert, daß Herr Hitler Bewährungsfrist erhalten hat. Jetzt erfahren wir: Der Staatsanwalt hat Beschwerde eingelegt, weil sonst Staat und Staatsautorität sich selbst aufgeben würden. (Hört, hört! links.) Das bayerische Justizministerium hat jedoch alsbald darauf die Staatsanwaltschaft angewiesen, die Beschwerde zurückzuführen. (Lebhaftes: hört, hört! links.) Ein Mitglied der Bayerischen Volkspartei hat im Landtag erklärt, er könne beweisen, daß der

### Hitler-Prozess auf Grund einer Verabredung zwischen Gericht und Angeklagten durchgeführt worden sei.

Genosse Sanger teilt aus den sensationellen, unseren Lesern größtenteils bekannten Ergebnissen des bayerischen Untersuchungsausschusses die entscheidende Tatsache mit. Seine Enthüllungen werden von der Linken des Hauses mit wachsender Erregung aufgenommen. Er fährt fort:

Auf Grund der Ergebnisse des Untersuchungsausschusses im Bayerischen Landtag steht heute fest: Herr v. Kahr plante bewußt einen hochverräterischen Marsch auf Berlin. Das Direktorium sollte diktatorische Vollmachten ohne Parlament erhalten. (Unruhe rechts. Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Was ist aber dieser ganze Direktoriumsgedanke in der Republik? Nichts anderes als der durch die Rechtssprechung sanktionierte Hochverrat gegenüber der Republik. (Sehr richtig! links.) Einen kommunistischen Segerteilung verhasst und bestraft man. Herr von Kahr, die Blüte der politischen Intelligenz, darf handeln, wie er gehandelt hat, und der Mann, der im November 1923 mit Kollow herab, wie die norddeutschen Reichswehrgenerale zur Meuterei gedrängt werden können, spricht jetzt noch Recht in Bayern als oberster Präsident des Verwaltungsgeschichtsbüros. (Stürmische Zurufe: Skandal! Große Unruhe.) Wer hier nicht empört ist, hat das letzte Gefühl für Recht und Gerechtigkeit verloren. (Sehr richtig! links.)

Es ist eine Justizhande sondergleichen, daß Herr Hitler verurteilt worden ist und Herr von Kahr nicht. (Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten: Sehr wahr!)

Wir wissen jetzt, warum das Verfahren gegen die Hochverräter Kahr und Kollow eingestellt wurde. Herr von Kahr hat dem Staatsanwalt im März 1924 bei seiner Vernehmung erklärt, die bayerische Regierung habe Kenntnis von unseren Bestrebungen auf Erziehung des Direktoriums. (Lebhaftes hört, hört!) Der bayerische

# Das Zuchthaus droht!

## 20000 Meineide jährlich. — Es wird zuviel vereidigt. — Sozialdemokratische Abänderungsvorschläge.

Eines der frühesten Kapitel der deutschen Justizpflege wurde gestern im Strafrechtsausschuß des Reichstags aufgerollt: die Meineidsfrage. Der Ausschuß beriet über die Bestimmungen des neuen Strafgesetzbuches über Meineid und andere Meineidsdelikte.

Der Berichterstatter Emminger, der Vater der verhängnisvollen kleinen Justizreform, trug erschütternde Zahlen vor. Im Jahre 1912 wurden 1200 Personen wegen Eidesverletzung verurteilt, im Jahre 1924 aber 2400! Und die Ursache der Steigerung? Herr Emminger erklärte: „Zweifellos hat das Verfahren vor dem neuen (Emmingersehen) Schwurgericht manchem Staatsanwalt Mut gemacht, mehr anzufügen.“ Herr Emminger selbst rät angesichts dieser erschreckenden Steigerung der Verurteilungen zur Einschränkung des Eides in Bagatelldelikten.

Aber es ist nicht die Zahl der Verurteilungen allein, die so erschreckend wirkt — es ist die Tatsache, daß ein erheblicher Prozentsatz aller Eide Meineide sind! Der Berichterstatter trug vor, daß nach einer Berechnung von Kioß heute rund 20000 Meineide jährlich in Deutschland geschworen werden bei zwei Millionen vernünftigen Personen. Selbst wenn man von dieser Schätzung 50 Proz. abzieht, bleiben immer noch 10000 Meineide.

Was die Schätzung von Kioß bedeutet, kann man sich nicht einbringlich genug vorstellen:

**Jeder dreißigste Zeuge schwört einen Meineid, über jeden dreißigsten Zeugen hängt das Damoklesschwert des Zuchthauses!**

Wieviele Meineide mögen darunter sein, die in Bagatelldelikten geschworen werden, aus irgendeiner trüglichen Vertretung von Umständen — sei es Irrtum, Zeugenangst, schlechter Bernehmungstechnik des Richters, Autosuggestion eines falschen Sachverhalts. Grundfalsch droht allen 70000 Zeugen der Meineidsprozeß, langfristige Gefängnisstrafe oder das Zuchthaus!

Der neue Entwurf läßt bei allen Verletzungen der Eidespflicht mildernde Umstände zu, so daß beim Meineid bis auf drei Monate Gefängnis heruntergegangen werden kann. Der Entwurf führt aber andererseits die Bestrafung einer falschen uneidlichen Aussage ein, wodurch es ermöglicht wird, in Zukunft weniger Eide abzunehmen.

Aber wird diese Milderung an der Meineidsjustiz etwas ändern? Der sozialdemokratische Sprecher im Strafrechtsausschuß,

Befandte von Preger ist im Sinne eines Direktoriums in Berlin tätig gewesen. (Hört, hört!) Dieser diplomatische Vertreter des „königlichen“ Freistaates ist heute noch bei der republikanischen Regierung akkreditiert. Gibt es eine Republik, die so geduldig ist, wie die deutsche? Man vergleiche damit nur folgenden Fall: Als der Hochverräter Kahr seines Amtes waltete, hat der bayerische Landtagsabgeordnete Fischer (Soz.) in einer Verlesung den Satz ausgesprochen, daß Franken es sich überlegen würde, mit Bayern zu gehen, wenn Kahr es vom Reich folgen will. Der Mann ist am nächsten Tage im Münchener Hauptbahnhof — als Landtagsabgeordneter — verhaftet worden (lebhaftes: hört, hört!) und hat eine einjährige Freiheitsstrafe bekommen. (Demokratische Zurufe: Ungehörte Gemeinheit!) Was ist die Schlussfolgerung? Daß

### jahrelang das Recht in Deutschland gebeugt

wurde. (Sehr wahr! bei Sozialdemokraten und Demokraten.) Ich sage ganz offen: Seit dieser Justizhande Kahr und Kollow habe ich den letzten Rest des Glaubens an die deutsche Justiz verloren. Nur eine schwache Hoffnung bleibt: Der Herr Reichsjustizminister. (Lebhaftes Zurufe, große Heiterkeit links.) Geben Sie mir Antwort, Herr Reichsjustizminister — wenn nicht, um so besser für uns Sozialdemokraten — Antwort auf diese Frage, ob Sie sich angesichts der Ergebnisse des bayerischen Untersuchungsausschusses nicht als Hüter des Rechts verpflichtet fühlen, auf Grund des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Reichsstrafprozeßordnung, des Strafgesetzbuches, die Reichsanwaltschaft anzuweisen, sie solle prüfen, ob jetzt nicht das Verfahren gegen Kahr und Kollow wegen Hochverrats aufzunehmen sei (d. h. den Teufel bei seiner Großmut verfluchen). Wenn Sie, Herr Minister, sich schämen vor einer solchen Justiz stellen, dann liegt der Grund darin, daß diese Justiz inspiriert, geduldet und gefördert worden ist von Ihrem internationalen Parteifreund, dem Reichsminister für Justiz in Bayern. Auch darüber werden wir mit Ihnen von der Rechten abrechnen, abrechnen im Bahlsampi. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

### Hergt entschuldigt und — drückt sich!

Das Wort ergreift der Reichsjustizminister Hergt: Auf die vorgebrachten sachlichen Fragen der Debatte werde ich morgen eingehen. Bei meiner Antwort auf die Angaben über die Stichhaltigkeit der Bemerkung ist mir allerdings zu meinem Bedauern die Bemerkung einschläft:

Mit solchen Vorwürfen mochte sich der Abg. Landsberg wirklich etwas lächerlich.

Ich gebe zu, daß es besser gewesen wäre, wenn ich diesen Ausdruck nicht gebraucht hätte. Was die Frage zum Hölle Was betrifft, so habe ich objektiv die Stellung des Oberreichsanwaltes erörtern. Darüber hinaus ist von mir, als Minister, ein eigenes Rechtsgutachten dazu verlangt worden. Ein solches Gutachten kann und darf ich aber nicht abgeben. Selbstverständlich werde ich auf alle Fragen antworten, die meine politische Verantwortung betreffen. Ich habe den Eid auf die Verfassung geleistet, und ich halte ihn loyal. Ich werde selbstverständlich keine illoyale formalistische Auslegung, die mit dem Geist der Verfassung in Widerspruch steht, billigen. (Zuruf des Abg. Landsberg (Soz.): Ich wollte nur wissen, ob Sie die Auslegung des Herrn Kioß für illoyal halten!) Ich bin nicht in der Lage und berufen, mich über die bayerischen Verhältnisse im allgemeinen zu äußern. (Unruhe links!) Es ist noch gar kein abschließender Bericht des Untersuchungsausschusses erschienen. (Hört, hört! rechts.) Die bayerische Regierung ist im Augenblick nicht in der Lage, objektives Material darüber mitzuteilen. (Gelächter links.) Das Buch von Kioß, dessen Verfolgung hier verlangt wird, ist schon 1912 erschienen. Im Falle Kioß konnte das Reichsgericht eine Entscheidung über das Wiederholungsverfahren noch nicht fällen. Ich mache als Minister bei meinen Maßnahmen absolut keinen Unterschied zwischen rechts und links. (Lautes Gelächter.)

Bayerischer Staatsrat v. Kufflein wendet sich gegen die Vorwürfe des Abg. Saenger gegen den bayerischen Justizminister. Vor dem bayerischen Untersuchungsausschuß habe der Justizminister Rede und Antwort gestanden. Es sei nun Sache des Bayerischen Landtags, die Entscheidung zu treffen.

### Genosse Dr. Rosenfeld.

fürhte zu dieser Frage aus, daß die Bestimmungen über die Eidesdelikte nur annehmbar seien, wenn sie die grassierende Meineidsfrage eindämmen würden. Ein in einer Bagatelldelikt geleisteter Falschheid sei anders zu beurteilen als ein Eid, von dessen Verletzung das Schicksal eines Menschen abhängt.

Die Gerichte müßten der Verpflichtung enthoben werden, Zeugen fast immer zu vereidigen.

Die Statistik ergebe, daß viel zu viel Eide geschworen werden. Seit Einführung der Emmingersehen Schwurgerichte würden auch viel zu viel Meineidsprozesse angehängt. Die früheren wirklichen Schwurgerichte hätten in höherem Maße einen Schutz vor überflüssigen Meineidsanfragen geboten. Betsch glaubten die Richter, einer beschworenen Aussage ohne weiteres folgen zu müssen, so daß man den Eid als Eisbrüde der Juristen bezeichnen müsse. Nicht jeder Eid schaffe ein zweifelloses Fundament für ein Urteil. Die Gerichte müßten viel sorgfältiger als bisher die innere Wahrscheinlichkeit einer Aussage prüfen. Politische Meineidsprozesse hätten schon vor dem Kriege zu ungerechtfertigten Verfolgungen auch von Sozialdemokraten geführt, wie z. B. der bekannte Essener Meineidsprozeß. Nach dem Kriege sei es nicht viel anders geworden, wie die Meineidsprozesse Boeb und Luppe bewiesen. Der fahrlässige Falschheid müsse überhaupt beseitigt werden.

Die Einführung der Möglichkeit, auch falsche uneidliche Aussagen zu bestrafen, sei sehr bedenklich.

In jedem Falle müsse der Suche der Meineidsprozesse endlich ein Ende gemacht werden.

Abg. Bell (Z.) schloß sich zum Teil der sozialdemokratischen Kritik an der Behandlung der Meineidsprozesse an. Auch er gab zu, daß heute viel zu viele Eide geleistet würden. Im ganzen stelle er sich aber auf dem Boden des Besenheitsmuffs. In ähnlicher Weise äußerte sich auch der Abg. Bokius (Z.) und Brodau (Dem.), der insbesondere auf die Befahren der Verurteilung wegen fahrlässigen Falschheides hinwies.

Die Beratung geht weiter. Die Deffektivität wird sie aufmerksam verfolgen. Dies ist ein Kapitel, das jeden angeht! Jeder kann heute wegen einer Bagatelldelikt als Zeuge geladen und zum Eid gezwungen werden — und wehe ihm, wenn sein Gedächtnis, seine kritische Urteilsfähigkeit oder seine Aufmerksamkeit versagt!

# Schulgesez unsicher.

## Der Bürgerblock in Rötten. — Verhandlung und Verzögerung

Der holpernde Wagen des Bürgerblocks ist wieder an einen Stein gestoßen. In der Frage der Simultanschulen hat eine Mehrheit aus der Linken und der Volkspartei die übrigen Koalitionsparteien niedergestimmt.

Der Rechtsblock steht wieder vor der bedeutenden Frage: was nun? Seine Parteien sind sich einig, daß weiter gehandelt wird. Zur Vorsicht will man erst in drei bis vier Wochen ein neues Kompromiß versuchen.

Inzwischen wird die Etatsdebatte weit vorgeschritten sein, und dann nahe für den Bürgerblock die Schicksalsfrage. Die „Tägliche Rundschau“ versichert: Aussichten für Zustandekommen des Schulgesetzes wenig günstig. Das Zentrum wird die schärfsten Druckmittel anwenden, um nicht um den Preis geprellt zu werden, den es für seine Kompromittierung im Rechtsblock, für Hochschulzulassung und Rechtschwärzung erzielen will.

Die Deutschnationalen aber stellen sich optimistisch, sie reden in einer parteiunabhängigen Auslassung von einer Verabschiebung des Schulgesetzes zwischen Ostern und Pfingsten, also Anfang Mai. Für Mitte Mai aber hat Herr Curtius bereits Reichstagswahlen prophezeit. . . .

Ran wurstelt sich weiter, und leiht dabei noch das möglichste an Zerstörung von Volkswirtschaft und Staatsfinanzen.

### Das Zentrum droht.

Wie ein Nachrichtenbureau aus Zentrumkreisen erzählt, wird der Beschluß des Bildungsausschusses zum Paragraphen 20 der Schulordnung (Simultanschule) vom Zentrum für den Weiterbestand der Regierungskoalition als untragbar bezeichnet, wenn er aufrecht erhalten bleiben sollte. Das Zentrum wird nach der zweiten Lesung im Bildungsausschuß von den übrigen Regierungsparteien bestimmt stipulierte Erklärungen im Sinne seiner Forderungen zu dem Paragraphen 9 (geordneter Schulbetrieb), dem Paragraphen 14 (Religionsunterrichtsblätter) und dem Paragraphen 20 (Simultanschule) verlangen. Mithinbestimmend für diesen Beschluß ist der Beschluß des Strafrechtsausschusses über die Entscheidung gewesen.

# Gegen die Preußentasse.

## Deutschnationale fordern Abberufung des neuen Leiters.

Im Preußischen Landtag ist ein Antrag des Deutschnationalen Winkler eingegangen, der fordert, den mit der kommissarischen Leitung der Preußentasse betrauten Rechtsanwalt Klepper von der Leitung wieder abzuberufen.

Daß Deutschnationale den Antrag stellen, dürfte die Zweckmäßigkeit der getroffenen Wahl am besten bestätigen.

# Völkische Prügelschelden.

Die Nationalsozialisten veranstalteten im Saalbau Friedrichshain Protestkundgebungen gegen die Hinrichtung der verurteilten Frememörder. Schon vor der Versammlung wurde ein jüdisch aussehender Journalist verprügelt und aus dem Saal gejagt. Als bei der Abstimmung über die Resolution etwa fünfzehn Personen gegen die Entschuldigungsverurteilung, rief Kube aus: „Seht euch diese Jünglinge an und bringt sie aus dem Saal. Aber tut ihnen nichts.“

Natürlich stürzten sich auf dieses Zeichen hin die Hatentruer auf die Opponenten und bearbeiteten sie mit Schlagringen und Baumstümpfen, bis sie schließlich Schutzpolizei zur Hilfe rufen konnten.

# Karl Ulrich.

Am 28. Januar vollendet der Staatspräsident des Freistaates Hessen, Genosse Karl Ulrich, sein 75. Lebensjahr. Den zahlreichen Glückwünschen, die ihm an diesem Tage zukommen, schließen wir ungern und freudig an. Denn in dem lebensreichen Brautopf sehen wir nicht nur einen treuen Vorkämpfer für die Ideale des Sozialismus, sondern sein Lebenslauf spiegelt auch die ganze Entwicklungslinie wider, die von der deutschen Arbeiterklasse in den letzten sechs Jahrzehnten durchlaufen ist. Der jetzige Staatspräsident, der höchste Würdenträger des hessischen Volksstaats, stammt aus den ärmlichsten Verhältnissen. Er war der älteste unter neun Geschwistern. Sein Vater, ein kleiner Schuhmachermeister in Braunschweig, hatte schwer zu ringen, um die große Familie zu nähren und zu kleiden. Als Knabe schon mußte Karl Ulrich mitarbeiten und verdienen helfen. Als er dann das Schlosserhandwerk erlernt hatte, fanden die Lehren des Sozialismus in seinem Herzen bald eine aufnahmebereite Stätte. Schon als Achtzehnjähriger war er in seiner Vaterstadt Braunschweig ein eifriges Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Eisenacher Richtung. Und die Wanderjahre, die ihn durch Deutschland und Oesterreich führten, bestärkten ihn nur in seinem Glauben an eine bessere Zukunft der Arbeiterklasse. Sein hauptsächlichster Wirkungskreis wurde schließlich die hessische Industriestadt Offenbach a. M. Dort wurde er für Jahrzehnte der unumstrittene Führer, dort trat er 1875, wenn auch widerstrebend, als 23jähriger in die Redaktion des Parteiblattes ein, dort wurde er 1885 in den Landtag und später auch in den Reichstag gewählt. Jahrzehntelang steht Karl Ulrich auf Vorposten für die Partei der Arbeit. Er hat schwere Zeiten durchgemacht, sowohl als Mensch wie als Politiker. Aber sein Glaube an das Proletariat, seine leidenschaftliche Hingabe an den Kampf für Sozialismus und Demokratie hat nicht gelitten. Heute ist er zwar einer der ältesten Mitglieder des Deutschen Reichstags, aber zugleich einer der lebendigsten unter seinen Kollegen. Aus dem Maschinenbauer von ehedem wurde der Redakteur und Geschäftsführer eines großen Unternehmens und schließlich der Leiter der republikanischen Regierung des hessischen Freistaats, die seit 1919 ununterbrochen aus der Weimarer Koalition gebildet wird. Wir wünschen dem Jubilar, auch wenn er jetzt die Last der Präsidentschaft niederlegt, noch viele Jahre ungeschmälerten Kampferlebens!

## Der Prager Proletariatskongress.

### Die Einigung des Proletariats schreitet fort.

Am heutigen Sonnabend tritt in Prag eine Konferenz der Deutschen Sozialdemokratie zusammen; morgen, Sonntag, der Kongress aller sozialdemokratischen Parteien der tschechoslowakischen Republik; zum erstenmal in ihrem neunjährigen Bestehen gelingt eine solche Veranstaltung. So lange unsere tschechischen Genossen, die an der Gründung und Einrichtung des Staates sehr stark teilgenommen haben, ihn mitregierten, konnte ein gemeinsamer Kongress sich nicht zusammenfinden, denn die Republik hat — wenn auch nicht theoretisch in der Verfassung, um so fühlbarer praktisch in der Verwaltung — den nichttschechischen Völkern die feierlich zugesagte Gleichberechtigung verweigert und schwer gegen sie verstoßen. Seitdem aber ein deutsch-tschechischer Bürgerblock regiert und unsere tschechischen Genossen in scharfer Opposition stehen, hat wirksame Arbeit und zunehmende Reaktion in Politik und Wirtschaft das Einigungstreiben der Arbeiter, Angestellten und kleinen Leute aller Nationen so gestärkt, daß es nun auch in der feierlichen und eindrucksvollen Gestalt dieses internationalen Kongresses vor alle Welt hintritt.

Das Programm umfaßt sachlich nur die Besprechung der Sozialversicherung und der reaktionären Bürgerblockpolitik, aber beherrschen wird den Kongress die große Lausache des Zusammengehens der Sozialisten aller Nationen. An diese historische Prager Tage muß sich dauernde Zusammenarbeit schließen. In dieser Erwartung grüßen wir den Prager Proletariatskongress, dessen besten Verlaufs wir gewiß sind!

## Litulescu winkt ab.

### Keine gemeinsame Aktion der kleinen Entente wegen St. Gotthard.

Gelegentlich seines Aufenthaltes in Rom erklärte der rumänische Außenminister Litulescu — der sich übrigens demnächst nach Berlin begibt — auf die Frage, was die Kleine Entente zu tun gedenke bezüglich des Waffenschmuggels von St. Gotthard, die Mächte der Kleinen Entente könnten sich einig sein, darüber den Völkerbund zu informieren; eine Reklamation würde also nicht stattfinden.

Es scheint demnach Russolnig gelungen zu sein, Rumänien von der geplanten Kollektivaktion der Kleinen Entente in Genf abzuhalten. Es bleibt abzuwarten, in welcher Form die „Informierung“ des Völkerbundes durch die übrigen Mitglieder der Kleinen Entente, also in erster Linie durch die Tschechoslowakei, erfolgen wird und welche Verpflichtungen sich für den Völkerbundrat daraus ergeben werden.

Einem Genfer Bericht der Ill. zufolge, der sich auf nicht genauer angegebene Pressemitteilungen stützt, soll man in maßgebenden Pariser Kreisen davon unterrichtet sein, daß zwei Großmächte, und zwar England und Deutschland, der Eröffnung eines Investitionsverfahrens gegen Ungarn ablehnend gegenüberstünden. Die englische Regierung würde eine derartige Erweiterung der Aktivität des Völkerbundes nie für zweckmäßig halten, während die deutsche Regierung grundsätzlich die Schaffung eines Präzedenzfalles für das Investitionsverfahren ablehnt. Es besteht ferner in diesen Kreisen der Eindruck, daß auch Briand im Interesse der französisch-italienischen Beziehungen gegenwärtig gegen eine Demarche der Kleinen Entente beim Völkerbund sei.

Bisher haben sich deutsche Stellen zu dieser Frage nicht geäußert. Wir haben schon zum Ausdruck gebracht, warum wir eine derartige Haltung für abwegig halten würden.

Es hat jedenfalls tatsächlich immer mehr den Anschein, als ob starke Kräfte in der europäischen Politik am Werke sind, um im Interesse der Regierungen Russolnig und Bethlan den Waffenschmuggelstand von St. Gotthard zu vertuschen.

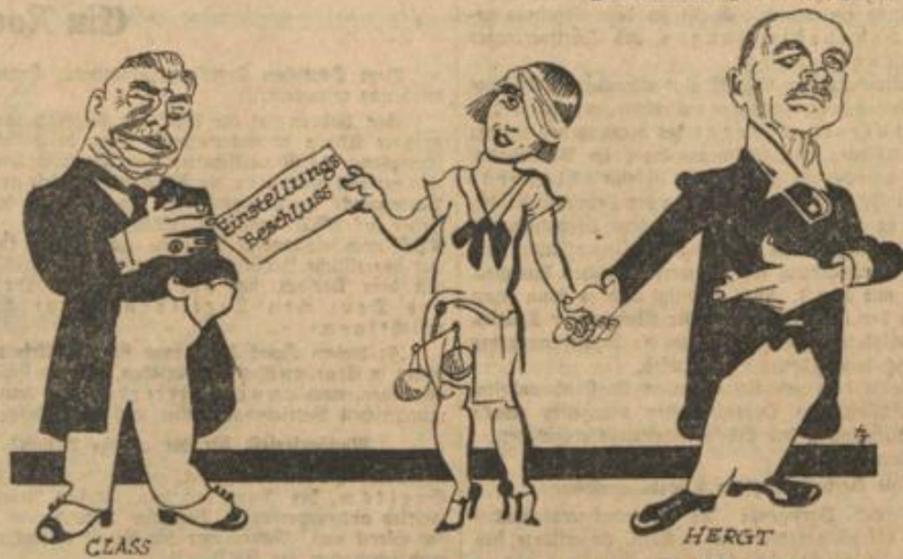
Zur Junkerassise in Olesien wird gemeldet, daß die in Olesien verhafteten Soldaten nicht aus der Untersuchungshaft entlassen worden seien, sondern sich noch in Gewahrsam befinden. Nähere Mitteilungen will man jedoch nicht machen, um den Gang der Untersuchung nicht zu gefährden.

Die württembergische Regierung hat in einem Schreiben gebeten, den Reichsparlamentarier nach Württemberg zu entsenden.

In Süddindia, besonders in Hankou sind wieder Sowjetrußen verhaftet und Sowjetrußische Gebäude von Militär besetzt worden.

# Justitia.

Zu den Beratungen des Justizrats.



Justizminister Hergt: „Dies Kind, kein Engel ist so rein . . .“

# Ein Rückschritt hinter Locarno.

## Deutschlands Bemerkungen zur Sicherheitsfrage. — Kampf im Bürgerblock bis zum letzten Augenblick.

Gestern trat in Prag der kleine Sicherheitsausschuß des Völkerbundes zusammen. Seit Wochen liegen die Denkschriften Schwedens, Norwegens, Belgiens und Englands dem Völkerbund vor. Seit Monaten ist bekannt, daß in diesen Tagen die Prager Beratungen beginnen. Und da soll es allein die Krankheit des Außenministers gewesen sein, die eine klare Stellung der Bürgerblockregierung zu den drängenden Fragen des Völkerrechts verhinderte?

Erst heute mittag gab der Brieftote des Reiches dem tschechoslowakischen Außenminister die „Bemerkungen zu dem Arbeitsprogramm“ des Sicherheitsausschusses ab. Erst gestern abend war der Kurier mit dem endgültigen Wortlaut abgegangen. Gestern mittag war noch kein Beschluß zustande gekommen. Hinter den Kulissen des Bürgerblocks, zwischen den Ministern der brüchigen Koalition wurde bis zum letzten Augenblick um die Denkschrift gerungen.

Weil aber dem so ist, macht die Reichsregierung keine „konkreten Vorschläge für die Lösung der verschiedenen einzelnen Probleme“. Sondern sie beschränkt sich auf „einige Bemerkungen allgemeiner Art“. Statt eines klar umrissenen Programms ein Leitartikel zu dem Sicherheitsproblem, ein Leitartikel freilich, der eben dadurch seine Bedeutung hat, daß nicht nur eine Zeitung oder ein auswärtiges Amt dahinter steht, sondern eben doch die Regierung des Reiches selbst. Er enthält ein rundes und nettes Bekenntnis zur Schiedsvertragspolitik — und legt damit also auch die Deutschnationalen auf diese, von ihnen innerlich verhaßte Politik fest.

Die Denkschrift bezeichnet als den Kernpunkt des Sicherheitsproblems die Vermeidung kriegerischer Veränderungen.

„Will man aber den Krieg beseitigen, so ist das nur möglich, wenn man für alle Konflikte, die bisher die Ursachen von Kriegen gewesen sind, die Möglichkeit einer aussichtsreichen friedlichen Behandlung findet.“

Diese Bemerkung spielt darauf an, daß bisher territoriale Veränderungen immer nur mit der Gewalt der Waffen und nicht durch ein friedliches Verfahren zustande gekommen sind.

Zur Schlichtung von Rechtsstreitigkeiten regt die Denkschrift an, sollen möglichst viele Staaten dazu gebracht werden, die Schiedspflicht anzuerkennen — was Chamberlain für England soeben erst abgelehnt hat.

Für politische Streitigkeiten soll das Vergleichsverfahren im Völkerbund ausgebaut werden.

„Der Gedanke, Streitigkeiten von ausschließlich politischem Charakter sämtlich durch eine Schiedsinstanz einer obligatorischen und endgültigen Entscheidung zuzuführen, läßt sich unter den augenblicklichen Verhältnissen noch nicht vermitteln.“

Was die Sanktionen für einen rechtswidrigen Angriff angeht, so weist die Denkschrift auf den ungleichen Rüstungsstand hin:

„Eine gemeinsame Aktion aller Bundesmitglieder im Fall eines Friedensbruchs ist zurzeit nicht möglich, da die allgemeine Abrüstung noch aussteht.“

Zum Schluß klingt die Denkschrift in einen Hinweis auf den Kern des Sicherheitsproblems aus: der friedlichen Behandlung aller Arten von Staatskonflikten.

„Sollte man statt dessen den Kriegszustand und die Regelung militärischer Sanktionen zum Ausgangspunkt nehmen, so läme das dem Versuch gleich, das Haus vom Dache an zu bauen. Der Krieg läßt sich nicht dadurch verhüten, daß man den Krieg gegen den Krieg vorbereitet, sondern nur dadurch, daß man seine Ursachen beseitigt. Das ist aber nach Auffassung der deutschen Regierung nur möglich, wenn eine dauerhafte Friedensordnung geschaffen wird, welche die Beseitigung aller den Weltfrieden gefährdenden internationalen Verhältnisse gewährleistet.“

Damit haben sich die Deutschnationalen von ihren Koalitionsfreunden also auf die „Beseitigung der Ursachen von Kriegen“ festlegen lassen. Das ist ein nettes Bekenntnis zu dem Geist des Friedens. Es ihnen vorzuhalten, wird im Wahlkampf noch oft genug Gelegenheit sein, wenn ihre wilden Männer wieder zum „Kampf für Deutschlands Freiheit“ rufen.

An dem entscheidenden Punkte freilich verjagt die Denkschrift: sie enthält nicht den direkten Verzicht auf den Krieg. Sie erklärt nicht deutlich, daß die Staaten Waffengewalt untereinander nicht mehr anwenden sollen, daß es ein Rechtsbruch wäre, zu den Waffen zu greifen. Sie wagt sich nur tastend in dieser Richtung vor, sie bleibt von dem Ziel weit entfernt, das schwerste Verbrechen an der Menschheit zu ächten. Kein offener Vertrag gegen den Krieg; also ein schwerer Rückschritt hinter Locarno. So rächt sich der Einzug der Deutschnationalen in die Regierung.

## Die Rot wächst!

### Die Arbeitslosigkeit steigt weiter.

Die jetzt vorliegenden amtlichen Ziffern zeigen, daß die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, in der Zeit vom 1. bis 15. Januar weiter gestiegen ist, und zwar von rund 1.188.000 auf 1.371.000 oder um 15,4 Proz. Gemessen an der Zunahme von 43,1 Proz. in den vorhergehenden 14 Tagen, weist die neuerliche Steigerung einen wesentlich geringeren Umfang auf.

Eine ähnliche Entwicklung zeigt die Krankschutzversicherung. Hier stieg die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von rund 177.000 auf 191.300 oder um 8,1 Proz., die der weiblichen von 34.400 auf 36.900 oder um 7,3 Proz. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krankschutzversicherung betrug also am 15. Januar insgesamt 228.200 gegen 211.400 am Ende des vorigen Monats, die Zunahme mithin 7,9 Proz.

## Seipel und Renner.

### Kleine Szene aus dem Nationalrat.

Als unsere Genossen im Finanzausschuß des Nationalrats die systematische Verdrängung der sozialdemokratischen Offiziere aus der deutschösterreichischen Wehrmacht besprachen, ereignete sich bei der Rede Otto Bauers folgendes bezeichnende Zwischenspiel:

Dr. Bauer (Soz.): . . . Der Versuch, die Arbeiter zu terrorisieren, wird jetzt an verschiedenen Stellen gemacht.

Hier macht Heeresminister Dugoin den für einen Minister ganz ungehörigen Zwischenruf: Bei der Gemeinde Wien! — Ceuthner (Soz.): Ein Minister hat sich nicht in dieser frechen Weise über die Gemeinde Wien zu äußern. — Bundeskanzler Seipel: Dafür wäre

der Ordnungsruf zu erteilen! — Rufe bei den Christlichsozialen: So eine jüdische Frechheit!

Dr. Bauer: Ich weiß nicht, was der Herr Bundeskanzler meint, wofür der Ordnungsruf zu erteilen wäre, vielleicht wegen der „jüdischen Frechheit“?

Dr. Seipel: Ich dachte an den Abg. Ceuthner.

Dr. Weidenhoffer (Chr.-Soz.): Es nützt ja doch nichts!

Dr. Seipel: Dann macht man sich eben seine Meinung über einen Vorfall.

Vorliegender Dr. Renner: Das steht dem Herrn Bundeskanzler frei.

Dieser ruhig-überlegene Satz unseres Freundes, des ersten Staatskanzlers der Republik, verjagte den Seipelianern samt ihrem Chef die Rede und Bauer fuhr ungehindert fort.

## Kein Staatsstreich in Mexiko.

### Sondern Haftentlassungen.

Mexiko-City, 27. Januar. (Eigenbericht.)

Die verhafteten und unter dem Verdacht der Verschwörung stehenden 300 Katholiken sind bis auf 20 wieder aus der Haft entlassen worden. Die im Zusammenhang mit den Verhaftungen aufgestellten Behauptungen über angebliche Verfolgungen aus religiösen Gründen bezeichnete der Innenminister als böswilliges Gerücht; die Regierung sei entschlossen, die Religionsklauseln des mexikanischen Gesetzes restlos durchzuführen.

Diese gestern abend eingelaufene Meldung unseres eigenen Vertreters enthält kein Wort von der gestern abend veröffentlichten Mitteilung über eine Verlängerung der Präsidentschaft Calles'. Sie bedarf noch der Bestätigung; es ist möglich, daß sie eine Zweckmeldung darstellt, um die amerikanisch-mexikanischen Verhandlungen zu stören.

# Eisenbahner-Lohnbewegung.

Am gestrigen Freitag hat der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands zur Frage der Lohn- tarifkündigung Stellung genommen. Er ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Lohnbestimmungen des Tarifvertrages zum 1. April zu kündigen sind.

Angesichts der wirtschaftlichen Lage ist eine allgemeine Erhöhung des Lohnes der Reichsbahnlohnempfänger unbedingt notwendig. Der Einheitsverband hielt bereits Oktober des vergangenen Jahres eine Erhöhung des Lohnes aller Lohnempfänger im Reichsbahn- betrieb für dringend erforderlich. Infolge der absolut ablehnen- den Haltung der Hauptverwaltung der Deutschen Reichs- bahngesellschaft war es nicht möglich, auf dem Verhandlungs- wege zum Ziele zu gelangen. Die Stellung der Organisation zum Tarifrecht verbot die Durchführung eines gewerkschaftlichen Kampfes. Dieses Hindernis ist mit dem 1. April beseitigt und es kann schon jetzt gesagt werden, daß der Einheitsverband der Eisenbahner Deutsch- lands mit aller Entschiedenheit den Kampf um die Aufbesserung des Einkommens der Reichsbahnarbeiter führen wird.

Der Vorstand stellte dem geschäftsführenden Vorstand anheim, die übrigen vertragstschließenden Organisationen rechtzeitig zwecks Stellungnahme zur Kündigung des Lohnvertrages einzuladen.

Ueber den kommenden

## Kampf um die Verbesserung der Eisenbahnerlöhne

sprach dieser Tage der Vorsitzende des Eisenbahnerverbandes Scheffel auf einer Eisenbahnerkonferenz in Köln. Er erklärte, daß eine allgemeine Lohnaufbesserung unter allen Umständen herbeigeführt werden müsse. Die Verwaltung rechne bereits mit der Kündigung des Lohnvertrages. In der Aussprache kam die große Unzufriedenheit des Eisenbahnerperso- nals über die schlechte Entlohnung zum Ausdruck. Einmütig wurde gefordert, daß eine Verbesserung der Löhne erzwungen werden müsse, wenn notwendig, durch rücksichtslosen Kampf.

In Bezug auf die Betriebsratswahlen erklärte Scheffel, daß sich der Einheitsverband an den Wahlen beteiligen werde, wenn sie auch zu Unrecht am 25. Februar vorgenommen werden sollten. Der Einheitsverband wolle sich nicht auf ein volles Jahr ausschalten lassen.

## Aufstieg bei den Gemeindearbeitern.

20605 neue Mitglieder.

Das Jahr 1927 hat der Mitgliederbewegung der freien Gewerkschaften einen kräftigen Auftrieb gebracht. Zu den bereits vorliegenden und von uns mitgeteilten vorläufigen Jahresabschlüssen gesellt sich jetzt der des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der ein erfreuliches Bild der Aufwärts- entwicklung bietet. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat im verflochtenen Jahre 20 605 neue Mitglieder gewonnen. Er mußerte am Jahresabschluss insgesamt 228 522 Mitglieder gegen- über 207 917 Mitgliedern am Schluß des Jahres 1926. Die Zahl der männlichen Mitglieder ist im Laufe des Vorjahres von 176 206 auf 193 278, also um 16 982 gestiegen, die der weiblichen Mitglieder von 31 621 auf 35 244 oder um 3623. Die Mitgliederzunahme ent- fällt auf alle Wirtschaftsbezirke und Gauen und schwankt zwischen 1,1 und 28,8 Proz. Die höchste prozentuale Mitgliederzunahme weist der Wirtschaftsbezirk Brandenburg auf mit 28,6 Proz. Ihm folgen der Gau Ostpreußen mit 20,3 Proz., der Gau Sigen mit 16,7 Proz., die Rheinpfalz mit 15,5 Proz., der Gau Magde- burg und der Wirtschaftsbezirk Westfalen mit je 14 Proz. Im Gesamtdurchschnitt betrug die Mitgliederzunahme 9,9 Proz. Ueber diesen prozentualen Gesamtdurchschnitt steht Groß-Berlin mit 27,7 Proz. Die höchste absolute Zunahme weist Groß-Berlin auf mit 3398 neugewonnenen Mitgliedern. Alles in allem dürfte dieser erfreuliche Aufstieg den Funktionären und Mitgliedern ein Ansporn sein, die Werbeerfolge in diesem Jahre noch zu steigern.

## Aufschiebungen der Arbeitszeitverkürzung.

Das Reichsarbeitsministerium hat in den letzten Tagen auf die ihm zugegangenen Entwürfe, das Inkrafttreten der Ver- ordnung über die Arbeitszeit in der Großindu- strie vom 16. Juli 1927 aufzuschieben, entschieden. Auf Grund der von den örtlichen Stellen vorgenommenen Nachprüfung wurde in 16 Fällen ein Aufschub bewilligt, die übrigen An- träge wurden abgelehnt.

Der Aufschub betrifft in erster Linie die Martinwerke; zugehörige Walzwerke wurden nur in sieben Fällen mitberücksichtigt. Die gemeldeten Fristen schwanken je nach dem Umfang und Stand der in den einzelnen Werken durch die Verordnung vom 16. Juli 1927 bedingten Umstellung zwischen einem und neun Monaten und betragen im Durchschnitt 5 1/2 Monate.

Wie wir hören, befinden sich unter den abgelehnten Anträgen die des Bochumer Vereins und der Edelfahlwerke.

## Berdiensausgleich bei der Nordwestlichen.

Bochum, 27. Januar. (Eigenbericht.)

In den Verhandlungen, die am Freitag zwischen dem Arbeit- geberverband Nordwest und den drei Metallarbeiter- verbänden über den Berdiensausgleich wegen der Arbeitszeitverkürzung geführt wurden, wurde eine Re- gelung in Aussicht genommen, die einen prozen- tualen Zuschlag zu dem erteilten Verdienst vorsieht. Beide Parteien haben sich die endgültige Zustimmung zu dieser Regelung bis zum 2. Februar vorbehalten.

## Die Zechenstilllegung.

Die zum Adler-Konzern gehörende Zeche Johann Deimelsberg in Steele soll stillgelegt werden. Sie umfaßt ein Gebiet von rund 3300 000 Quadratmeter Größe. Zu der Zeche gehört auch das Bergwerk Charlotte. Die Belegschaft ist 1500 Mann stark. Die Stilllegungs- ankündigung hat sowohl unter der Belegschaft wie unter der Be- völkerung Steeles im allgemeinen große Beunruhigung hervorgerufen. Johann Deimelsberg ist nämlich die letzte Zeche, die in der dortigen Gegend noch im Betrieb ist. Die anderen Zechen sind bereits stillgelegt worden.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag inzwischen eine Große Anfrage eingebracht, um diese letzte Stilllegung zu verhindern.

## Indien und der IOB.

(IOB.) Den neuesten Meldungen zufolge befaßte sich der Indische Gewerkschaftskongress nicht mit der Frage des Anschlusses an den IOB. Hingegen ist unterdessen die Frage allen angeschlossenen Verbänden unterbreitet worden, so daß sich eine für den Monat April anberaumte Sitzung der erweiterten Exekutive mit der An- gelegenheit befassen können wird.

Die Berliner Werkzeugmacher kommen morgen Sonntag zu einer Generalsammlung im „Räucherbrunnen“ zusammen, um den Bericht über das Lohnverhandlungsergebnis, den wir in der Abendausgabe des „Vorwärts“ auszugswise wiedergeben, entgegenzunehmen und über die von den Funktionären beantragte Wornahme einer Streikabstimmung in den Betrieben zu entscheiden.

# Gewerkschaftseroberung durch die KPD.

## Ein Nachwort zum Streik bei Gebauer.

Vom Deutschen Textilarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin, wird uns mitgeteilt:

Seit Jahren hat die KPD. es ängstlich vermieden, irgendeine größere Aktion zu unternehmen. Sie beschränkt sich auf die Beschimpfung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei und versucht gleichzeitig, die Aktionen, die diese unternehmen, für ihre Parteizwecke auszunutzen. Es scheint aber, daß sich die Drahtzieher der KPD. bemüht fühlen, einmal zu zeigen, daß auch die KPD. noch selbständige Aktionen unternehmen könne. Dieses durch- aus begriffliche Bedürfnis suchte man zu befriedigen in Verbindung mit dem Versuch, sich der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu bemächtigen.

Zu diesem Zweck hatte man sich die Arbeiter der Firma Gebauer in Charlottenburg ausersehen, die, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, noch unorganisiert waren, demzufolge einen kommunistischen Betriebsrat hatten und das richtige

## Manöverfeld für die „große Aktion“ der KPD.

abgaben. Zu diesem Zweck wurde zunächst der Metallarbeiter Saefkow, der Mann mit dem „großen Rosenkranz“, in diesen Betrieb abkommandiert. Bierzehn Tage darauf brach bei Gebauer der Streik aus. Kaum war der Streik erklärt worden, so wurden auch schon von der KPD.

## Sammelkisten in Umlauf gesetzt.

Dank dem Solidaritätsgefühl der Berliner Arbeiter kamen auch erhebliche Gelder ein. Wieviel insgesamt von der Berliner Arbeiterschaft auf diesen Kisten gezeichnet wurde, kann heute kein Mensch sagen, da eine Rechnungsablegung niemals erfolgt ist und die Sammelkisten verbrannt wurden. Auch die KPD. wurde in Aktion gesetzt. Ein erheblicher Teil dieser gesammel- ten Gelder wurde zur Unterstützung der Streikenden verwandt. Ein anderer ebenfalls erheblicher Teil wurde

## von Streikführern, ihren Freunden und Freundinnen in allerlet Umkleelokalen bei Wein und Sekt durchgebracht.

Es ist überflüssig, zu sagen, daß auch über diese Gelder keinerlei Rechnungsablegung erfolgt ist.

Den Streikenden wurde schließlich mitgeteilt, daß 2000 Mark zur Unterstützung der Streikenden aus Rußland gekommen seien. Ob diese 2000 Mark wirklich aus Rußland kamen oder ob sie zu diesem Zweck von den gesammelten Geldern abgezweigt wurden, auch darüber herrscht ein begriffliches Dunkel. Den Streikenden wurde jedoch erklärt, daß nur diejenigen teilhaben würden an diesen 2000 Mark, die dem Deutschen Textilarbeiter- verband beitreten. Daß es unter diesen Umständen nur so Beitritts- regnete, ist natürlich. Den Eintretenden wurden außer dem Ein- trittsgeld vier Wochenbeiträge abgezogen. Es wurde also

## für die Streikenden durch die KPD. die Mitgliedschaft im Deutschen Textilarbeiterverband erworben.

Mit dieser Masse neuer Mitglieder, die als Stimmvieh für die KPD. benutzt werden sollen, hoffen die Drahtzieher dieser Partei, die Ortsverwaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu erobern.

Daß bei Abschluß des Streiks 32 Mitglieder der Belegschaft auf dem Pflaster liegen, macht der KPD. herzlich wenig aus. Sie hat sich um diese Opfer ihrer Politik auch nicht weiter gekümmert.

Die Hauptsache für die KPD. ist, die Herrschaft über die Gewerkschaften zu erringen.

## gleichgültig, mit welchen Mitteln dies geschieht.

Ueber die moralische Verlotterung dieser Politik braucht man nichts mehr zu sagen. Während sich die Streikenden den Schwachtriemen enger schnüren mußten, haben die Führer geschlemmt. Die teuer verdienten Groschen, die die Berliner Arbeiter zur Unterstützung der Streikenden aufbrachten, wurden diesen entzogen und in zweifelhaften Vergnügungslokalen verjubelt. Daß man in der KPD. und ihren Reihenstellen bei der Rechnungs- ablegung nicht sehr zimperlich verfährt und sich von den „reform- mäßigsten“ Methoden einer genauen Prüfung befreit hat, ist durchaus begrifflich; denn

## mit solchen Mitteln hat man die Leute in der Hand,

die sich zu den Manövern der KPD. ergeben. Die Saefkow und Genossen, die eine derartige Lotterwirtschaft führten, sind dann die rechten Leute für die KPD., um in den Gewerkschafts- versammlungen gegen die „Richtwirtschaft“ der Reformisten zu Felde zu ziehen.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes ist nicht gewillt, mit verdrängten Armen zuzusehen, wie die KPD. durch ihre Kreaturen sich der Organisation bemächtigt, um in ihr eine ähnliche Lotterwirtschaft einzurichten, wie sie es bei dem Streik bei Gebauer getan hat. Da wir wissen, daß die KPD. mit ähnlichen Mitteln

## auch andere Gewerkschaften zu „erobern“ sucht,

halten wir es für unsere Pflicht, diese an sich tieftraurigen Taten der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Wir warnen ausdrücklich die Arbeiterschaft, sich nicht mehr von der KPD. mißbrauchen zu lassen. Sammelkisten, die nicht von den Gewerkschaften ausgegeben werden, sind zurück- zuweisen. Vor allen Dingen ist ein Augenmerk auch darauf zu richten, ob und inwieweit die KPD. versucht, durch Hinein- schiebung von frischgeworbenen Mitgliedern sich in den Gewerkschaften künstliche Mehrheiten zu verschaffen.

Der Arbeiterschaft bei Gebauer und in den anderen Firmen aber rufen wir zu, die Kreaturen der KPD. abzu- schütteln! Wer in der Arbeiterbewegung tätig sein will, muß vor allen Dingen reine Hände haben.

**Kätana, SPD.-Polenarbeiter, Bezirk Südost!** Am Montag, 30. Ja- nuar, 19 Uhr, wichtige Versammlung bei Eier, Saunenstr. 9.  
**Der Fraktionsvorstand.**  
**Kätana, SPD.-Polenarbeiter, Bezirk NW (Wandl, Wehling, Ge- lundbrunnen, Reinickendorf)** Am Sonntag, 29. Januar, 10 Uhr, wich- tige Zusammenkunft bei Sasse, Eintrachtstr. 26.  
**Der Fraktionsvorstand.**

**Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin.** Heute, Sonnabend, folgende Ver- anstaltung: Eulderie-Jugendklub: Im Jugendheim Porditz, 11. „Aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.“ — Botanischer Auktion! Sonntag, 30. Januar, 19 Uhr, Zusammenkunft der Gruppenleitungen im Jugendheim des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Linienstr. 22/25. Richtlinienvortrag: „Reine Indienstnahme.“ Referent: Fortwängler.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Ringelblat; Gewerkschaftsbewegung: J. Stinner; Frauen: A. H. Köhler; Schulen und Sonstige: Erik Kestner; Anzeigen: E. Glade; sämtlich in Berlin. Verlag: Formaris-Berlin G. m. b. H. Berlin, Prof. Formaris-Buchdruckerei und Berlin-Anstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Eintrachtstr. 3. **Platz 2 Ostfalen und -Unterhaltungs und -Sitten\***

# HEUTE



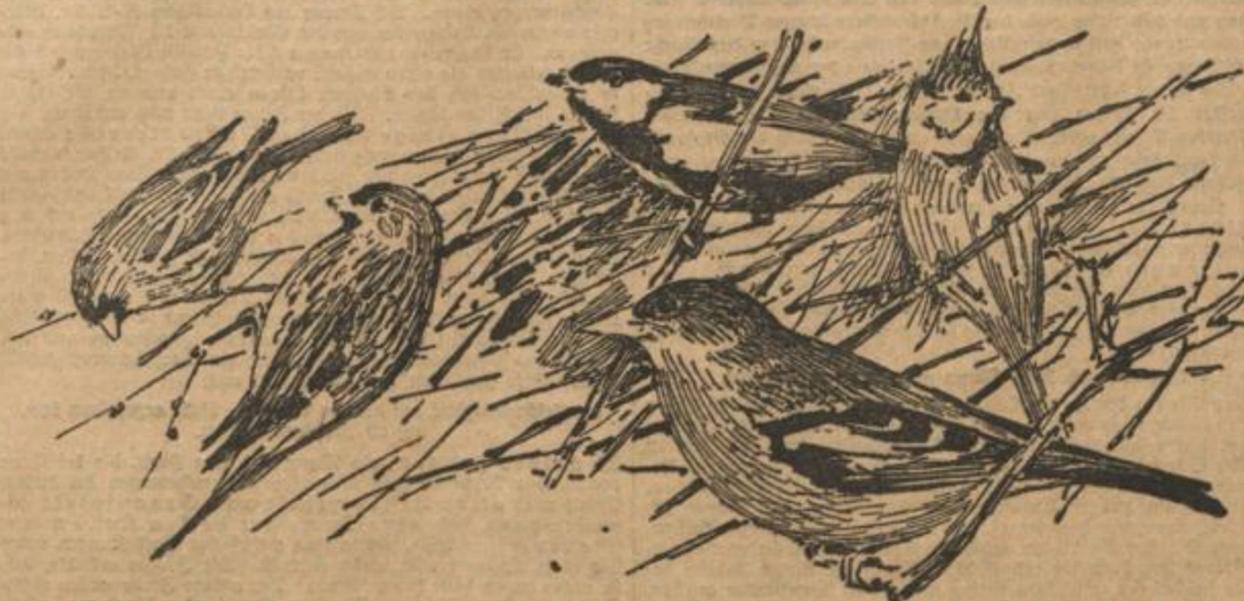
König-Str.  
Ecke Kloster-Str.



# NEU- ERÖFF- NUNG!

# DOTT DOT!

# Nordische Gäste.



Die kältere Jahreszeit mit ihrem spärlich gedeckten Tisch, ihren Gefahren und Nöten, bleibt nicht ohne Einfluß auf die in ihrer Heimat überwinternden Vögel. Während sie, besonders während der Brutzeit, die streng abgegrenzten Wohnbezirke eiferfüchtig überwachen, fühlen sie jetzt das Bedürfnis, sich mit ihren Artgenossen und auch anderen Vögeln, die ähnlichen Lebensbedingungen unterliegen, zu großen Scharen, zu einer Art Genossenschaft, zu vereinigen. So streifen sie dann gemeinsam umher, um Nahrung und einen geschützten Platz zur Nachtruhe zu suchen.

## Im Walde und in der Stadt.

Im Walde und in den Anlagen der Stadt begegnen wir Schwärmen von allen bei uns lebenden Meisen. Die größte von ihnen, die Kohlmeise, treibt sich friedlich umher neben der schön gefärbten Blaukehlchen; das „Reißer Hämmerlein“, die Sumpfschneise, bearbeitet gemeinsam mit der Laubmeise die wurmfressige Stelle einer morschen Riefer, und das zarte Schwanzmeisenchen, im Volksmund „Pfannkuchenschneise“ genannt, untersucht eine daneben befindliche Höhlung. Häufig finden wir bei dem Reifenschwärmlein Spechte und die Kleinsten der Kleinen, den Zaunkönig und das Goldhähnchen. Letzteres ist sehr zart und fällt häufig dem Winter zum Opfer. Der Zaunkönig ist dagegen trotz seiner Kleinheit die Verkörperung der Lebenslust und Lebensfreude. Wägen die Menschen in Pelze gehüllt und mit erfrorenen Känen und Ohren herumlaufen, so laßt der Strenge des Winters und singt sein lustiges Lied. Rabe am Waldbestand auf dem Hochholzerbüsch, welch' merkwürdige Vogelschar! Alles an ihnen so ganz anders, als wir es sonst bei den Vögeln unserer Heimat gewohnt sind. — Wir kommen näher, die Vögel leben uns mit ihren großen, harmlosen Augen treuherzig an. Ihr ganzes Wesen, ihr schon gefährliches Gefieder, ihre Bewegungen, alles weich, sanft und gemessen, selbst das Heben und Senken der Flügel zeigt keine Spur von Erregtheit. Ihre Gänge gleichen dem Gezirpe der Hausfliegen. Wir haben diese Vögel doch schon gesehen? In ganzen Büscheln sahen wir sie tot hängen, als Krametsvögel zum Verkauf ausgeboten in den Delikatwarenläden Berlins. — Opfer der Großstadt! — Nach im Norden auf den menschenleeren Ländern Finn- und Lapplands ist ihre Heimat. Sie kennen den Menschen, wenn sie zu uns

kommen, noch nicht, daher ihre Vertraulichkeit. Sie sehen ahnungslos dem Jäger, der alles fortträgt, was ihm merkwürdig erscheint, in den Lauf der Büsche.

## Ein geheimnisvoller Gast.

Im Walde kann man sich das plötzliche Erscheinen des Seidenschwanzes während des Winters nicht erklären. Er kommt auch nicht in jedem Jahr. Dazu sein absonderliches Aussehen, sein



märchenhaftes Wesen, das fast an paradiesische Zustände erinnert. Das alles hat bewirkt, daß das Volk in abergläubischer Furcht in ihm den Bringer von Rot, Krankheit, Krieg und Tod sieht; der aufgeklärte Gourmand verpeißt ihn aber trotz alledem in gedankenloser Genussucht. Doch hat die abergläubische Furcht eine gewisse Berechtigung. Erscheint doch der Seidenschwanz bei uns, wenn in seiner Heimat kalte Kälte, Schnee und Eis vorherrschen, wenn keine Nahrungsquellen durch die Unkunst der Bitterung versiegen. Und häufig folgt ihm die Kälte und sucht unsere Bruten gerade heim, wie wir es in diesem Jahre erlebt haben. Die Folgen sind Steigerung der Rot und ihre Folgen.

## Auf den Feldern.

Auf den verwaisten Feldern mit ihren Baumalleen am Rande der Stadt treffen wir eine ganz anders geartete Gesellschaft, die auch bei strenger Kälte bis in die Innenstadt vordringt. Bei unserer Annäherung erhebt sich plötzlich, wie aus der Erde heraus, ein großer Schwarm von kleinen Vögeln, die der Städter, dem jeder bei flüchtigem Hinsehen grau erscheinende Vogel ein Spatz ist, natürlich auch für Spaten hält. Nach kurzem Flug löst sich die Gesellschaft wieder auf der Erde nieder. Sehen wir genauer hin, so gewahren wir eine bunt artungsgewürfelte Schar. Fast alle heimischen Vertreter des Geschlechts der Finke, der Gimpel, der Lammern und der Lerchen sind hier vereinigt, um gemeinsam herumzustreichen. Da sehen wir den stolzen Buchfinken, dessen „bessere Hälfte“ den Winter im warmen Süden zubringt, den schön gefärbten Stieglitz, mehrere Zeltgä, Grünfinken, den gelblichen Dompfaffen und die prächtigen Goldammer. Auch hier treffen wir Gäste aus dem hohen Norden an, die die Unwirtlichkeit ihrer Heimat in unsere Breiten getrieben hat. Der Leinzeigell mit schön karminroter Stirn und Brust will hier überwintern und sucht nach pflanzlicher Nahrung z. B. nach Birkenjohann. Wir können ihn an strengen Wintertagen in den Bäumen der Anlagen Berlins beobachten, wie er gewandt und munter in den Zweigen umherflattert. In weiteren nördlichen Gärten sehen wir den großen, roten Gimpel, die mit eigentümlichen Federhörnern am Kopf versehenen Alpenlerche, die Schneeammer und den Bergfinken, einen Vertreter unserer Buchfinken.

Sie alle verlassen uns beim Raufen des Frühjahrs und ziehen nord- und ostwärts in einzelne Gegenden, in denen sie bald nach ihrer Ankunft zur Brut schreiten. Nahrungsmangel, Schnee und Kälte hatten sie südwärts getrieben, sich bessere Nahrungsquellen zu suchen.

## Eine tapfere junge Verkäuferin.

### Der Raubüberfall auf dem Bahnhof Grunewald.

Eine besondere Anerkennung sollte das Schöffengericht der jungen Verkäuferin, die durch ihre Tapferkeit verhindert hat, daß der gegen sie Anfang Dezember vorigen Jahres auf dem Bahnhof Grunewald geplante Raubüberfall zur Ausführung gelangen konnte. Die beiden Urheber dieses Verbrechens, der 21jährige Hausdiener Käferitz und der 30jährige Leichschaffungsdiener Bachmann, hatten sich wegen verübten Raubes zu verantworten. Beide Angeklagte sind bereits vorbestraft, Bachmann war bei der Schupo gewesen, aber wegen Diebstahls entlassen worden. Käferitz war bis kurz vor dem Ueberfall Hausdiener im Restaurant Bahnhof Grunewald und hatte ohne jeden Anlaß die Stelle aufgegeben, angeblich weil er sich verbessern wollte. Die „Verbesserung“ bestand in der von ihm ausgeübtesten günstigen Gelegenheit, die Verkäuferin in dem auf dem Bahnhof gelegenen Verkaufstisch des Restaurants zu berauben, wenn sie mit der Kasse nachts hinüberging. Er selbst durfte sich natürlich dabei nicht zeigen und hatte für die Ausführung der Tat den Mitangeklagten angeworben. Dieser stürzte sich auf das Mädchen und wollte ihm die Geldtasche mit Gewalt entreißen. Die Ueberfallene hielt aber die Tasche so energisch fest, daß der Räuber mit ihr mehrere Minuten kämpfen mußte, bis auf ihre Hilferufe Leute herbeieilten. Dem Räuber gelang es zu entfliehen, aber der verlorene Hut wurde zum Ver räter, denn man erkannte ihn als den Hut des Käferitz. So konnten die beiden Täter ermittelt werden. Heiterkeit erregte es, als

# Menschen, Göttern gleich...

Roman von Herbert George Wells.

Ja, er fand die Straße vor sich viel zu leer. Sie erstreckte sich schurrgerade vor seinen Augen auf etwa dreißig Meilen. Auf der linken Seite waren eine niedrige, gut gepflegte Hecke, vereinzelte Bäume, flache Felder, dahinter lagen einige klein Häuschen, weiter entfernt Pappeln und ganz hinten sah man Windsor-Castle. Auf der rechten Seite waren gleichfalls Felder und ein kleines Birkenhaus vor einem Hintergrund von niedrigen bewaldeten Hügeln. Eine auffallende Erscheinung in dieser ruhigen Landschaft war die Ankündigungstafel eines Strandhotels in Maidenhead. Barnstaple sah vor sich das Flimmern der heißen Luft und zwei oder drei Staubwirbel, die auf der Straße entlang tanzten. Aber keine Spur von dem großen Lourenswagen — und keine Spur von der Vimousine. Mr. Barnstaple brauchte gut zwei Sekunden, ehe er sich dieser erstaunlichen Tatsache voll bewußt wurde. Weder zur Rechten, noch zur Linken gab es irgendeine Seitenstraße, in welche die Wagen hätten verschwinden können. Und wenn sie schon um die nächste Biegung sein sollten, dann hätten sie mit einer Geschwindigkeit von zwei- oder dreihundert Meilen in der Stunde fahren müssen.

Mr. Barnstaple hatte die ausgezeichnete Gewohnheit, die Geschwindigkeit sofort zu verringern, wenn er sich über etwas nicht klar war. Auch jetzt stoppte er ab. So kam er auf eine Geschwindigkeit von ungefähr fünfzehn Meilen und startete mit offenem Munde in die leere Landschaft, um irgendeinen Anhaltspunkt für das rätselhafte Verschwinden der Wagen zu finden. Erstaunlicherweise hatte er durchaus nicht das Gefühl, daß er selbst irgendwie gefährdet sein könnte.

Dann schien sein Wagen an irgendeinem anzustoßen und begann zu schleudern. Er schleuderte so heftig herum, daß Barnstaple für einen Augenblick den Kopf verlor. Er konnte sich nicht mehr entsinnen, was man zu tun hat, wenn ein Wagen schleudert. Er erinnerte sich dunkel, daß man in die Richtung zu steuern hätte, nach der sich der Wagen dreht, aber in seiner momentanen Aufregung konnte er nicht feststellen, in welche Richtung der Wagen schleuderte.

Später erinnerte er sich, daß er in diesem Augenblick einen Ton gehört hatte. Es war genau derselbe Ton, der entsteht, wenn eine Spannung ihren Höhepunkt erreicht hat, scharf wie das Springen einer Lautensaiten, ein Ton, den man

zu Anfang — oder zu Ende — der Bewußtlosigkeit in der Kartho hört.

Es war ihm, als ob er gegen die Hecke an der rechten Seite geschleudert worden wäre, aber nun fand er die Straße wieder vor sich. Er berührte den Gashebel, stoppte aber dann wieder ab und blieb stehen. Voll tiefster Bewunderung blieb er stehen.

Diese Straße war vollkommen verschieden von derjenigen, auf der er sich noch vor einer halben Minute befunden hatte. Die Hecken waren verwandelt, die Bäume waren verändert. Windsor Castle war verschwunden, und — eine kleine Entschädigung — die große Vimousine war wieder in Sicht. Sie stand am Rand der Straße, ungefähr zweihundert Yards entfernt.

## Die wunderbare Straße.

1.

Eine Zeilang war Mr. Barnstaples Aufmerksamkeit sehr ungleich geteilt zwischen der Vimousine, deren Insassen eben ausstiegen, und der Landschaft, die ihn umgab. Letztere war wirklich so fremdartig und schön, daß die kleine Gruppe vor ihm nur insofern einige Bedeutung in seinem Bewußtsein erlangte, als es sich um Leute handelte, die seine Bewunderung und sein Erstaunen teilen mußten, und die ihm deshalb wahrscheinlich helfen konnten, seine wachsende und ihn ganz überwältigende Verwirrung zu klären und zu beruhigen.

Die Straße war nicht wie eine gewöhnliche englische Landstraße, ein Mischmasch aus Schotter und Rot, beschmiert mit Teer und mit Kies, Staub und tierischen Excrementen bedeckt, sondern war offenbar aus Glas gebaut mit klaren Platten, wie stilles Wasser, und mit milchweißen oder opalisierenden Tafeln, die von sanft gefärbten Streifen durchzogen, oder in denen Wellen von glühenden goldenen Floden eingelassen waren. Sie war vielleicht zwölf oder fünfzehn Yards breit. Auf jeder Seite erstreckte sich ein grüner Rasenstreifen aus einem Gras, wie es Barnstaple seiner niemals vorher gesehen hatte — und in der Pflanzung von Rasenflächen hatte er reiche Erfahrung —, darüber hinaus war ein breiter Saum von Blumen. An der Stelle, wo Mr. Barnstaple gaffend in seinem Wagen saß, und von da etwa dreißig Yards nach beiden Richtungen hin, bestand dieser Saum aus einer dichten Menge pergämeinichtblauer Blüten unbekannter Art. Weiterhin wurde die Farbe durch eine zunehmende Zahl großer, reinweißer Aehren unterbrochen, die schließlich das Blau vollständig aus dem Beet verdrängten. Auf der gegenüberliegenden Seite des Weges waren die gleichen Aehren, vermischt mit Gruppen von ebenso fremd-

artigen Pflanzen, die Samenkapseln trugen und deren Farben abschnittweise zwischen Blau, Anilinfar, Purpurrot bis zu einem intensiven Karmesinrot wechselten. Jenseits dieses farbenprächtigen, duftigen Blumenlaufes breiteten sich flache Wiesen aus, auf denen auserlesenes Vieh weidete. Durch Barnstaples plötzliches Erscheinen wahrscheinlich aufgeschreckt, betrachteten ihn drei ganz in der Nähe wiederläufige Tiere mit gutmütig nachdenklichen Augen. Sie hatten lange Hörner und Wammen, ähnlich dem Vieh in Südeuropa und Indien. Von diesen gutartigen Wesen wandten sich Barnstaples Augen einer langen Reihe flammenförmig gestalteter Bäume zu, einer Säulenhalle aus Weiß und Gold und einem Hintergrund von schneebedeckten Bergen. Einige große, weiße Wolken segelten über einen Himmel von reinstem Blau. Die Luft empfand Mr. Barnstaple erstaunlich klar und lind.

Mit Ausnahme der Ruhe und der kleinen Gruppe von Menschen, die bei der Vimousine standen, konnte Mr. Barnstaple kein Lebewesen entdecken. Die Automobilisten standen still da und blickten erstaunt um sich. Der Schall leisender Stimmen drang zu ihm.

Ein scharfes Knistern hinter seinem Rücken veranlaßte Barnstaple, sich umzudrehen. An der Straße, in der Richtung, aus der er offenbar gekommen war, lagen die Trümmer eines scheinbar erst ganz kürzlich zerstörten Steinhauses. Daneben waren zwei große Apfelbäume wie durch eine Explosion frisch geknickt und gespalten; aus der Mitte der Trümmer, denen eine Rauchsäule entstieg, kam auch dieses Knistern wie von feuerfängenden Gegenständen. Die geknickten Stämme der zerquetschten Apfelbäume führten Mr. Barnstaple darauf, daß einige Blumen nahe am Straßenrand ebenfalls nach einer Seite umgeknickt waren, so, als ob vor kurzem ein heftiger Windstoß über sie hinweggefuhr hätte. Jedoch hatte er weder eine Explosion gehört, noch den geringsten Wind verspürt.

Eine Zeilang starrte er dort hin, dann wandte er sich wieder zur Vimousine, als ob er von dort eine Erklärung erwartete. Drei Leute kamen nun die Straße entlang auf ihn zu, geführt von einem hohen, schlanken, grauhäutigen Herrn mit einem Filzhut und einem langen Staubmantel. Er hatte ein schmales Gesicht mit einer kleinen Stülpnase, die den Federn seines goldenen Kneifers kaum genügend Platz bot. Mr. Barnstaple setzte seine Maschine wieder in Gang und fuhr ihnen langsam entgegen.

Sobald er sich in Hörweite zu befinden glaubte, blieb er stehen und beugte den Kopf fragend aus der „Gelben Gefahr“ heraus. In demselben Augenblick stellte der lange grauhäutige Herr die gleiche Frage: „Mein Herr, können Sie mir sagen, wo wir eigentlich sind?“ (Fortsetzung folgt.)

die Zeugin ansah, sie habe deshalb so zäh an der Geldtasche festgehalten, weil außer den 325 Mark Kasse auch ihr eigenes Geld darin war.

Das Schöffengericht verurteilte die beiden Angeklagten wegen versuchten Raubes zu je einem Jahr Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. Beckmanns nahm die Strafe sofort an, während Köterich Berufung einlegen will. Beide Angeklagte blieben in Haft.

## „Grüne Woche.“

Wie ausführlich um diese Zeit, wenn die traditionelle landwirtschaftliche Woche das mehr oder weniger „notleidende“ Landvolk in Berlin verlammt, öffnen sich die Pforten der Messehallen am Kaiserdamm. Es gibt eine „Grüne Woche“, eine Ausstellung für den Bedarf der Landwirtschaft und der ihr verwandten Berufe. In den Hallen stehen Ackergeräte und landwirtschaftliche Maschinen, die Säfte mit Getreide und Sämereien füllen die Stände und selbst der Laie soll sich eine Vorstellung davon machen, wie schwer es ist, dem Grund und Boden das Höchstmögliche an Erträgen abzuringen.

Diesmal gibt es in der Alten Autohalle, die als Halle 1 gilt, eine sehr interessante Sonderausstellung „Die Milch“. Da stehen Kühe, lebende Kühe, in einem sauberen aufgegebenen Stall, der alles an zweckmäßigen Futter- und Düngemitteln, an Lüftung und Beleuchtung enthält, was die Milchhygiene heute vorschreibt. Diese Sonderausstellung gliedert sich in einen wissenschaftlichen und praktischen Teil. In dem wissenschaftlichen Teil ist in großem, einheitlich gehaltenem Rahmen eine Uebersicht über die Gebiete gegeben, auf die sich die Milch- und Forschungstätigkeit zur Förderung der Milchwirtschaft erstreckt. An Hand einer großen Anzahl von Modellen und bildlichen Darstellungen sind die einzelnen Abschnitte von der Milchgewinnung bis zum Verbrauch wiedergegeben. Es schließt sich daran die Milch-, Butter- und Käseherstellung des landwirtschaftlichen Instituts Oranienburg und eine Milchschnecke des Reichsmilchwirtschaftlichen Instituts. — Die Sonderausstellung „Die Kartoffel“, die in einem bisher nicht gezeigten Rahmen die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kartoffelbaues in Deutschland vor Augen führt unter Angabe des Weges von der Züchtung der Kartoffel bis zur technischen Verwendung. — In der Propagandaausstellung „Deutsche landwirtschaftliche Erzeugnisse“ wird gezeigt, in welcher Form, Sortierung und Verpackung die landwirtschaftlichen Produkte am besten und zweckmäßigsten auf den Markt gebracht werden. Sie soll gleichzeitig ein Bild geben von dem Stande der Bestrebungen zur Standardisierung der landwirtschaftlichen Produkte. — Der Trinker- und Schlachtgeflogelmarkt der Meintlerzuchtabteilung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg wird vor allen Dingen wieder Propaganda für das deutsche Qualitäts- und Schlachtgeflogel bei den städtischen Besuchern machen. — In der Sonderausstellung „Vom Flachs zum Leinen“ und „Der Flachs“ sein Anbau und seine Verwertung, wird auch dieser Zweig der Landwirtschaft sowohl im technischen, als auch im Hausbetrieb vorgeführt. — In der Halle 2 findet sich die Sonderausstellung „Moderne Betriebsführung im Gartenbau“. Die in den Nachkriegsjahren erprobten und bereits in die Praxis umgesetzten Rationalisierungsmassnahmen auf dem Gebiete des Gartenbaues werden hier den Berufangehörigen und der Öffentlichkeit vor Augen geführt. — In der wirklich sehr sehenswerten Ausstellung „Die verschiedenen Holzarten des deutschen Waldes“ werden zwei Einzelexemplare der Forstwirtschaft gezeigt und deren Aufgaben dem Forstmann und dem Laienbesucher nähergebracht; in erster Linie eine Zusammenfassung aus der Saat- und Pflanzkultur und der Behandlung von Pflanzgeräten und einer Ausstellung heimischer Holzarten mit charakteristischen Merkmalen und einer Reihe von Verwendungszwecken. — In der „Fischerrei“ zeigen mehrere Stände die Bedeutung der Binnenfischerrei. Die Imkerrei zeigt, wie Honig aussieht und in den Handel gebracht wird, wie er entsteht, gewonnen und gepflückt wird. Neben der Imkerrei zeigt sich auch der Deutsche Seidenbau. Eine besonders anschauliche Gruppe ist die Deutsche Jagd-Ausstellung, die eine Hoge- und Lehrsammlung, eine jagdhistorische Ausstellung „Jagd und Waffe“, die außer historischen Jagdwaffen und Jagdgeräten historische Beutestücke aus den Schlößern Moritzburg, Erbach und Pans-Bobanus zeigt. Die Geflügelausstellung der „Guppria“, Verein der Geflügelzüchter in Berlin, ist in diesem Jahre verbunden mit einer Ausstellung von Geflügel anerkannter Leistungsgruppen der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und für Berlin. An alle Sonderausstellungen gliedert sich jeweils die von maßgebenden Firmen beschickte Industrieausstellung, die dem Fachbesucher Gelegenheit gibt, sich über die Geräte und Maschinen zu unterrichten, die für die in den einzelnen Sonderausstellungen gezeigten Arbeitsvorgänge erforderlich sind.

Die Ausstellung ist täglich von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends geöffnet; Sonnabends und Sonntags: 9—9 Uhr. Der Eintrittspreis beträgt 1,50 Mark. Wer die Karte an den Schaltern der Stadt- und Ringbahn, der Hochbahn oder bei den Schaffnern der Straßenbahnlinien 53, 58, 72, 75 oder 93 kauft, erhält damit freie Hin- und Rückfahrt. Die Tierausstellung, für die im Berliner Publikum immer ein besonders starkes Interesse besteht, sind nur an folgenden Tagen geöffnet: Geflügel- und Kanarienschau: 28., 29., 30. Januar; Hundausstellung: 4., 5. Februar.

## Wer soll Sachverständiger sein?

### Eine ernste Frage im voraus zum Prozeß Kranz

Wie bereits berichtet, findet am 9. Februar der Prozeß des Schülers Kranz statt. Die Anklage lautet auf Mord. Der Kriminalfall selbst erscheint sowohl juristisch als psychologisch äußerst kompliziert und dürfte mit zu den interessantesten gehören, was Roedel in den letzten Jahren erlebt hat. Ein Stück „moderner“ Jugendpsychologie wird hier offenbar werden. Und da fragt man sich: Wird das Gericht aus eigenen Kräften den Anforderungen gewachsen sein, die das Wissen um die Psychologie der heutigen Jugend an den Richter stellt? Sind in diesem Falle im Gerichtsfall nicht mehr als in irgendeinem anderen psychologisch wie psychiatrisch vorgebildete Ärzte am Platze? Vorläufig will es scheinen, als mache das Gericht der Herbeiziehung solcher Sachverständigen gewisse Schwierigkeiten. Während den Gerichtsärzten Dr. Wahrenholz und Dr. Hommerich, die über Spezialkenntnisse auf dem Gebiet der Jugendpsychologie nicht verfügen, als den Sachverständigen der Staatsanwaltschaft die Möglichkeit gegeben wurde, den Angeklagten Kranz unter vier Augen zu sprechen, wurde dies dem wirklich zweifelsohne in Fragen der Sexualpsychologie sachverständigen Dr. Magnus Hirschfeld verweigert; es wurde ihm eine nur einmalige Rücksprache mit dem Angeklagten in Anwesenheit der Beamten gestattet. Die Sprecherlaubnis zu weiteren Rücksprachen unter den gleichen Bedingungen sollte er sich besonders einholen. Rechtsanwalt Dr. Frey, auf dessen Veranlassung Dr. Magnus Hirschfeld als Sachverständiger herangezogen worden ist, hat gegen diesen Beschluß des Gerichtes beim Kammergericht Beschwerde eingeleitet. Das Kammergericht hat sich jedoch auf den Standpunkt des Landgerichts gestellt und erklärt, daß es keinen Anlaß sehe, Dr. Magnus Hirschfeld in Abwesenheit des Angeklagten die Aussprache mit dem Angeklagten zu gestatten.

Nun ist aber für jeden, der sich einigermassen in der Psyche eines jugendlichen Menschen auskennt, eine Winkelecke, daß nur eine Unterhaltung unter vier Augen den Erfolg zeitigen kann, den die

# Das Auto des Generaldirektors.

## Wer war schuld an dem Zusammenstoß?

Der schwere Unfall, der sich am 4. September am Savignyplatz ereignete und bei dem der Kaufmann Friedländer aus einer Autodroschke geschleudert wurde und den Tod fand, während seine Frau und sein Sohn sowie der Droschkenfahrer schwere Verletzungen davongetragen hatten, beschäftigte am Freitagmittag das Große Schöffengericht Charlottenburg. Angeklagt war der Kraftwagenführer Heising wegen fahrlässiger Tötung. Heising hatte einen dem Generaldirektor Dr. Oliven von der Ludwig Löwe L.-G. gehörenden Mercedes-Wagen gesteuert und war an der Kreuzung der Grolman- und Kanthstraße auf das Hinterrad der Autodroschke so scharf ausgefahren, daß alle Insassen der Droschke hinausgeschleudert wurden.

Neben der Frage, wer von den beiden Kraftwagenführern die eigentliche Schuld an dem Unfall habe, tauchte nun bei dem Strafgericht die weitere Frage auf, ob Heising zur Zeit des Unfalls überhaupt am Steuer gefahren habe und nicht etwa Frau Generaldirektor Oliven. Schon bei dem Zeugnisauftritt brachte Landgerichtsdirktor Cröhne in einer ersten Ermahnung zur Wahrheit darauf aufmerksam. Er sagte u. a.: Es besteht der Verdacht, daß Frau Oliven am Steuer gefahren hat.

Wenn Sie (zu der Zeugin Oliven) Ihren Angeklagten für sich süßen lassen sollten, dann wäre das eine Gemeinheit sondergleichen. Zu dem Angeklagten sagte der Vorsitzende: Es lohnt sich nicht, Ihre Zukunft in die Schanze zu schlagen und sich für andere opfern zu wollen. Bedenken Sie die Folgen. — Frau Oliven hatte vorn im Auto gesessen, während ein zweiter Chauffeur mit dem Sohne im Wagen saß besond. In einem Zivilprozeß, den Frau Friedländer gegen Heising, Generaldirektor Dr. Oliven und dessen Ehefrau auf Schadenersatz angestrengt hat, hatte der mitgefahrene Chauffeur Albert Kabsch bereits beschworen, daß Frau Oliven neben dem Angeklagten gesessen, aber nicht gesteuert habe. Dem Strafverfahren hat sich die Witwe Friedländer als Nebenklägerin angeschlossen und wurde durch R.-A. Dr. Arthur Brand vertreten.

Der Angeklagte Heising bestritt jede Schuld. Der Zusammenstoß sei dadurch erfolgt, daß die Autodroschke plötzlich dicht vor ihm eine Linksbiegung machte. Mit Entschiedenheit bestritt er, daß Frau Oliven am Steuer gefahren habe oder auch nur das Steuer berührt hätte. Frau Oliven habe den Platz rechts neben ihm innegehabt. Er fahre seit 15 Jahren den Wagen von Ludwig Löwe, während Kabsch, der im Wagen saß, der Fahrer des Privatwagens der Frau Oliven sei. Als erste Zeugin wurde die Nebenklägerin Frau Friedländer vernommen. Nach ihrer Meinung war die Autodroschke schon über die halbe Kanthstraße, die sie überqueren wollte. An der Kreuzung angelangt, habe ihr Mann erschreckt ausgerufen:

„Am Gotteswillen, es passiert ein Unglück.“

Gleich darauf war der Zusammenstoß schon passiert. Ihr Mann erlitt einen doppelten Schädelbruch und verstarb nach zwei Stunden im

Aussprache bezweckt. Aber auch aus grundsätzlichen Erwägungen heraus ist der Entscheidung des Kammergerichts entgegenzutreten. Es erscheint völlig unzutrefflich, daß den Sachverständigen der Staatsanwaltschaft nur, weil sie Gerichtsärzte sind, von der Justizbehörde größere Vertrauen entgegengebracht wird als dem vom Anwalt herangezogenen Privatarzt, möge er ein noch so bedeutender Fachmann sein. Aufgabe des Gerichts kann es nur sein, dem inneren Erleben und der Tat des Angeklagten, der im Augenblick, als das Unheil im Hause Scheller geschah, kaum über 18 Jahre alt war, gerecht zu werden. Er wird dies nicht können ohne Heranziehung von entsprechend vorgebildeten Sachverständigen.

## Ein unbekannter kleiner Ausreißer.

### Er trägt eine grüne Schülermütze mit rotem Streifen.

Ein jugendlicher Ausreißer wurde in Briefen in der Mark aufgegriffen und in Schutzhaft genommen. Der Junge erzählte, daß er Wolfgang Bees heiße und in der Knobelsdorffstraße 44 zu Charlottenburg wohne. Die Nachprüfung ergab aber, daß der Schlingel geschwindet hat. Wie er nun wirklich heißt und wo er ausgerückt ist, ließ sich bisher nicht feststellen, zumal aus Berlin keine Anzeige über einen vermissten Jungen vorliegt, die auf ihn zutreffen könnte. Der Junge macht einen angenehmen Eindruck, ist schätzungsweise 7—8, vielleicht auch schon 9 Jahre alt, 1 Meter groß und von schwächlicher Gestalt. Er hat blaue Augen, blondes Haar und trägt einen grauen Wäster, einen blauen Strohhut, braune Strümpfe und eine grüne Schülermütze mit rotem Streifen. Geld hatte er nicht bei sich. Sobald sich jemand dem Zimmer nähert, in dem er untergebracht ist, schlüpf er behende unter den Tisch oder versteckt sich

# Funkwinkel.

Über einige jüngere Reporter der Berliner Presse spricht Hans Talsamka. In der Gegenwart, die durchaus auf Berichte aus der Wirklichkeit und nicht mehr auf Herzenergieleitionen schöner Seelen eingestellt ist, spielt der Zeitungsreporter, der die Nachrichten beschaft und somit die Lebenswirklichkeit, wie etwa der Kollaborator oder der Kritiker. Er ist nicht mehr die tomische Figur, die früher in den Hühnerhöfen eine Hauptrolle spielte. Daß allerdings Talsamka bei London oder Sinclair Lewis unter die Reporter rechnet, ist mindestens übertrieben. — Auch Kunstwerke haben ihre Schicksale, das zeigt Prof. Waegoldt in seinem Vortrag „Wanderungen berühmter Werke“. In dem Besizerwechsel eines Bildes, einer Statue oder eines Reliefs kann man gewissermaßen die Schicksale eines Volkes und einer Gesellschaftsform feststellen, kann man ablesen, wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse verhalten, die Geschlechter und Nationen verhalten und von neuem lebensfähigeren und wirtschaftlich stärkeren abgelöst werden. Die Wanderung eines Kunstwerkes ist nicht nur ein Beitrag zur Kunstgeschichte, sondern auch ein Kapitel zur Kultur- und Wirtschaftsgeschichte der Menschheit. — In dem Zyklus „Die moderne Industrieentwicklung“ kommt Staatssekretär Prof. Julius Hirsch auf die Konsumvereine zu sprechen. Die Vorzüge eines jeden Verbrauchervereines beruhen in der Verbilligung der Waren, Transportkosten, Risiko und Spesen verkleinern sich und der Unternehmergewinn vermindert mit dem des Einzelhändlers. Drei Momente machen den Konsumverein der privaten Unternehmung überlegen: sofortige Barzahlung, Verteilung des Ueberschusses nach Größe der Einkäufe und damit verknüpft steigender Umsatz und schließlich die seltene Verteilung des Ueberschusses. Die Kraft der Konsumvereine zeigt sich vor allem darin, daß sich trotz der starken Konkurrenz privater kapitalistischer Firmen der Konsum immer mehr ausdehnt. — Abends die Uebersetzung von Puccinis „Tosca“ aus der Städtischen Oper. Unbedingt sind Uebersetzungen aus Charlottenburg denen aus der Staatsoper überlegen. Stimmen und Orchester kommen klarer heraus. Die Töne werden nicht verzerrt und selbst schwierige Ensembleszenen, wie das Finale des ersten Aktes, wirken ausgezeichnet.

Krankenhaus. Sie selbst hatte eine schwere Gichtserkrankung und andere Verletzungen, sie ist auch jetzt noch in ärztlicher Behandlung. Der fünfzehnjährige Sohn kam mit leichten Abschürfungen davon. Auf Antrag des Verteidigers R.-A. Dr. Marcase wurde als Leimundzeuge der Gerichtsarzt Dr. Hörsheim vernommen. Er ist Freund und Hausarzt der Familie Oliven und kennt den Angeklagten als einen äußerst vorsichtigen Fahrer. Ihm erscheint es undenkbar, daß das Ehepaar Oliven einen anderen für eigene Schuld verschwieben könnte. Als der Zeuge dann noch erwähnte, daß Frau Oliven einige Stunden Fahrunterricht gehabt habe, den Versuch aber aufgegeben hätte, hob Dr. Arthur Brand hervor, daß das ja ganz neu sei, denn bisher habe Frau Oliven mit aller Entschiedenheit bestritten, jemals ein Steuer in der Hand gehabt zu haben. Der Chauffeur Kabsch als nächster Zeuge sagte aus, daß Frau Oliven nicht am Steuer gefahren habe. Mehrere Autofahrer, die mit ihren Droschken an der Grolmanstraße gehalten haben, bestätigten die Aussage des Führers der zukunftsgefährlichen Autodroschke, daß dessen Gefährt in einem Tempo von etwa 20 Kilometern hinter der vierten Straßenbahnlinie in der Kanthstraße auf der Weiterfahrt aus der Grolmanstraße gewesen sei und daß deshalb das Privatauto keinesfalls mehr ein Vorfahrtsrecht gehabt hätte. Diese sämtlichen Zeugen schätzten auch

die Geschwindigkeit, mit der das Olivensehe Auto angefahren kam, auf 60 Stundenkilometer.

Die beiden Zeugen, ein Mann und eine Frau, die bei ihren polizeilichen Vernehmungen über ihre Wahrnehmungen bei diesem Unfall mit aller Bestimmtheit und Genauigkeit angegeben hatten, daß eine Dame im hellen Kostüm am Steuer gefahren hätte, hielten trotz mehrfacher Nachhaken unter Eid diese Angaben nicht mehr aufrecht. Die Zeugin erklärte, daß sie nichts davon hätte sehen können. Der andere Zeuge wollte nichts Bestimmtes sagen können. Wie ihre abweichenden Aussagen in das Polizeiprotokoll gekommen waren, ließ sich nicht aufklären.

Schlüsseln wurde noch Frau Generaldirektor Oliven, zunächst unter Auslegung der Bereidigung, vernommen. Auf die Frage, ob sie am Steuer gefahren habe, erwiderte sie mit größter Bestimmtheit, daß sie das Auto nicht gesteuert habe. Sie habe niemals einen Löwechen-Wagen gesteuert und nur zweimal in eine Fahrstunde gehabt, den Unterricht aber ausgegeben, und könne daher auch nicht fahren. Staatsanwalt Dr. Lesser beantragte gegen den Angeklagten sechs Monate Gefängnis und auch der Nebenkläger, R.-A. Dr. Arthur Brand, verlangte die Beurteilung Heising, während R.-A. Dr. Marcase die Hauptschuld an dem Unfall dem Autodroschkenfahrer zuschob und die Freisprechung des Angeklagten forderte.

Nach längerer Beratung wurde der Angeklagte Heising zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt, da das Gericht seine Schuld als erwiesen ansah.

hinter der Tür. Möglicherweise befürchtet er Strafe für irgendeinen Streich, den er verübt hat. Wer über den Ausreißer etwas weiß und dazu beitragen kann, daß er keinen Angehörigen wieder zugeführt wird, wird gebeten, sich bei Kriminalkommissar Gehmig in der Beamtenzentrale des Polizeipräsidiums zu melden.

## Großflugzeug überfliegt den Montblanc

13 Passagiere an Bord.

Chamonix, 22. Januar.

Der Montblanc ist heute zum ersten mal von einem großen Passagierflugzeug überflogen worden. Es handelt sich um ein Gollathflugzeug, das 13 Passagiere an Bord hatte und ungefähr eine Stunde lang über dem Montblanc kreiste. Dann landete es auf dem Genex Flugplatz.

## Der weiße Tod im Riesengebirge.

### Logierhausbesitzer von einer Lawine verschüttet.

Am Westhange des oberen Seifengrabens im Riesengebirge ereignete sich am Freitag ein schweres Lawineunglück. Gegen Mittag ging plötzlich eine große Schneelawine nieder und zerstörte einen Boratendbau, der als Kantine für Bergarbeiter diente. In der Nähe der Baracke wurde ein zerknirschter Hörnerkasken aufgehoben. Auf die Nachricht von dem Unglück eilten sofort Hüfensmannschaften an die Unfallstätte, da vermutet wurde, daß mehrere Personen von der Lawine verschüttet worden seien. Nach mehrstündiger anstrengender Arbeit, an der über hundert Mann teilnahmen, wurde die Leiche des Logierhausbesitzers Hampel aus Brückenberg aus den Schneemassen geborgen. Die Leiche wies furchtbare Verletzungen auf. Die Bergungsarbeiten wurden beim Fackelschein fortgesetzt. Bis zur Stunde ist noch nicht bekannt, ob noch weitere Personen unter den Schneemassen begraben liegen.

## Familiendramatik in Wien.

### Vier Personen durch Leuchtgas vergiftet.

Wien, 27. Januar.

In der Wohnung des 38jährigen Schmarrns der österreichischen Bundesbahnen Emil Strinash spielte sich heute ein furchtbares Tragedie ab, die vier Todesopfer forderte. Strinash vergiftete sich, seine zwei Kinder und eine Frau, die Bedienstete Emilie Kaming, zu der er Beziehungen unterhielt, mit Leuchtgas. Strinash lebte mit seiner Frau nicht im besten Einvernehmen. Nach Auszügen der Hausbewohner soll er die eheliche Treue nicht gehalten haben, weshalb es wiederholt zwischen beiden Ehegatten zu Eifersuchtszügen kam.

Einführung des Verfahrens wegen Gebärdens. Gegen den Obersteuerinspektor Fritz Paul in Berber an der Havel war von der Staatsanwaltschaft in Potsdam auf Grund von Zeitungsberichten ein Verfahren eröffnet worden. Paul sollte durch Gebärdenerei und zu später-Hinzuziehung eines Arztes den Tod seiner beiden Kinder an Diphtherie verursacht haben. Die Staatsanwaltschaft hat jetzt die Unterfuchung eingestellt, nachdem sich angeblich die Haltlosigkeit der Beschuldigungen ergeben hat. In den letzten Tagen ist übrigens die Gattin des Obersteuerinspektors ebenfalls an Diphtherie gestorben.

Professor Dr. Max Scheler ist infolge der mit seiner Beratung zusammenhängenden Manipulationen nicht in der Lage, die an der Gesellschaft für Politik am 12. Januar in der „Politik“ und „Rat“ zu halten. Falls die Vorlesung später noch stattfindet, wird dies besonders bekanntgegeben.

Freiwillige Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr, Doppelkeller 15. Vortrag des Herrn G. Wittmann: Mittelschulische Rechtspflege. Harmonium: Preglers (Schubert). Bitte willkommen.





# Rationelle Kraftwirtschaft im Reich.

## Verständigung Preußen-Reich. — Drei Herrschaftsgebiete.

Für die gesamtdeutsche Elektrowirtschaft wurde in diesen Tagen ein großer Fortschritt erzielt. Der nicht zuletzt dem preussischen Handelsministerium zu danken ist. Herrschafts- und Machtkämpfe haben in den letzten Jahren den organischen Aufbau der deutschen Elektrowirtschaft unter überflüssigen Reibungsverlusten verlangsamt. Das große Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk kämpfte mit dem aufstrebenden Preußen in West- und Nordwestdeutschland. Die Elektrowerke A.-G. des Reiches kämpfte ebenfalls mit Preußen in Mittel- und Norddeutschland. Der laufende dritte war in beiden Fällen das private Elektrokapital, dessen Appetit auf neue Ausbeutungsgebiete seit der Inflation wieder stark gewachsen ist.

Seit herrscht zwischen den drei Gegnern Frieden. Zu dem Vertrag zwischen dem preussischen Handelsminister und dem RWE vom Frühjahr 1927, bei dem Preußen das RWE mit der Majorität über die Braunkohlenindustrie A.-G. Zukunft beschert („Der Dorn im Fleisch des RWE.“), wenn die Reichselektrowerke die an sie gebundene RWE-Beteiligung an der Braunschweigischen Kohlenwerke A.-G. für Preußen freigeben, kam jetzt die entsprechende Verständigung Preußens mit den Reichselektrowerken.

Zu den Gebietsabgrenzungen (Herrschafts- und Einflussphären), die im Frühjahr 1927 zwischen Preußen und RWE vereinbart wurden, kommen jetzt die Gebietsabgrenzungen zwischen Preußen und den Reichselektrowerken: RWE hat den Westen, Preußen den Norden, Elektrowerke (mit Brandenburg) den Osten nach Schlesien zu.

Die Gründung der Preussischen Elektrizitäts-A.-G. war auf dem Weg zur Verständigung eine geschickte Maßnahme und ein Vorteil für Preußen. Volkswirtschaftlich ist die gesamte Verständigung sicher ein ausgezeichnetes Geschäft. Im einzelnen muß jeder Partner sehen, wie er den neuen Frieden am gründlichsten für sich ausnützt. Auch ein Frieden wäre ja faul, wenn er nichts als den Frieden bringt. Aus den Erfahrungen der beteiligten Gesellschaften geben wir den Hauptteil wieder:

Als Ergebnis der Verhandlungen ist soeben vorbehaltlich der Zustimmung der beiderseitigen Aufsichtsräte ein Vertrag zwischen der Preussischen Elektrizitäts-A.-G. und den Elektrowerken abge-

schlossen worden, der Preußen und den Elektrowerken je einen gleichen Anteil an der Verwaltung der RWE (Braunschweigische Kohlenwerke A.-G.) zusichert.

Wie bereits in dem Vertrage zwischen dem preussischen Staat und dem RWE, der auch für die Preussische Elektrizitäts-A.-G. bindend ist, so wird auch in diesem Abkommen über die Regelung der mit den RWE zusammenhängenden Fragen hinaus eine grundsätzliche Regelung der elektrowirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Elektrizitätsunternehmen Preußens und des Reiches geschaffen. Für beide Vertragspartner werden die Versorgungsgebiete umgrenzt und darüber hinaus in Grenzgebieten eine engere Zusammenarbeit vereinbart.

Die Gefahr eines unwirtschaftlichen Konkurrenzkampfes zwischen diesen beiden Unternehmungen ist damit beseitigt. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Preussische Elektrizitäts-A.-G. es übernommen hat, zu bewirken, daß den Elektrowerken die Nutzung der Braunkohlenfelder bei Hopperswerda übertragen wird, die unmittelbar an den Felderbesitz anstößt, der heute die Grundlast der Stromerzeugung der Elektrowerke darstellt.

Die mit dem RWE und den Elektrowerken abgeschlossenen Verträge sind als eine Einheit zu betrachten und geben einen deutlichen Beweis dafür, daß in der Elektrowirtschaft auf wirtschaftlichem Wege eine Verständigung in der Richtung planmäßiger Zusammenarbeit erreicht werden kann.

Der Freund einer großzügigen, rationellen und notwendig auch öffentlichen Elektrowirtschaft im Reich wird, gerade weil er den jetzigen Fortschritt begrüßt, seine Wünsche nun weiterreden dürfen. Der Friede muß dazu führen, daß die Kraftversorgung reichlicher, umfassender und vor allem billiger wird. Er muß verlangen, daß im Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk der starke öffentliche Einfluß auch in der Besetzung des Vorstandes und in der Leitung des Präsidiums sich äußert. Das verlangen Recht und Gerechtigkeit. Die Elektrowirtschaft der Kommunen und Kommunalverbände muß mit der staatlichen und überwiegend staatlichen Elektrowirtschaft zu einheitlicher Wirksamkeit, auch für neue Kämpfe und Friedensschlüsse, zusammengeführt werden. Reich und Preußen müssen sich nicht nur vertragen, sondern auch zusammenarbeiten wollen. Gelegenheiten dazu sind vorhanden. Mögen auch die Leute dazu da sein, die energisch durchzuführen, was volkswirtschaftlich vernünftig ist. Nicht immer, nicht überall konnte man sich bisher gerade darüber verständigen.

mit Ausnahme der Schaf- und Ziegenzucht die gesamte Viehhaltung in Deutschland größer geworden ist als ein Jahr vorher, so selbst zum Teil größer ist als im Jahre 1913 (heutiges Gebiet). Gegenüber 1926 sind statt 17,22 Millionen 17,98 Millionen Rinder gezählt, statt 19,42 Millionen Schweine 22,88 Millionen und statt 75,70 Millionen Federvieh 79,08 Millionen. Das sind Zahlen, die beweisen!

## Trotz Radio und Grammophon . . . Gute Klavierkonjunktur.

Der Jahresabschluss der Hupfeld-Gebr. Zimmermann A.-G. in Leipzig für 1926/27 ist in mehrfacher Hinsicht interessant. Zunächst läßt das Ergebnis bei diesem größten europäischen Klavierproduzenten weitgehende Schlussfolgerungen auf die Gesamtlage der Klavierindustrie zu; sodann war das abgelaufene Geschäftsjahr das erste Arbeitsjahr des neuen Pianotrucks nach der Verschmelzung der überschuldeten Hupfeld A.-G. mit der Gebr. Zimmermann A.-G.

Das jetzt vorliegende Ergebnis läßt erkennen, daß es der Klavierindustrie ausgezeichnet geht und sie sich neben Radio und Grammophon sehr gut behaupten können. Mit der zehnprozentigen Dividende erhalten auch die überstemmten Hupfeld-Aktionäre ein Pfälster auf ihre Wunden, die ihnen die Verschleuderung ihres Unternehmens an die Gebr. Zimmermann — unter Zusammenlegung des Kapitals von 4 auf 1 Millionen Mark — zugefallen hatte. Für die massenhaft abgekauften Angestellten waren derartige schmerzlinde Mittel natürlich nicht vorhanden, obwohl die Schwierigkeiten bei Hupfeld und der darauffolgende Abbau nicht „höherer Krisengewalt“, sondern Mißgriffen einer unfähigen Verwaltung entsprangen, bei der die Betroffenen sich bedanken können.

Daß die Fusion für die Zimmermann-Werte ein glänzendes Geschäft trotz der rund 6 Millionen mit übernommenen Hupfeld-Schulden war, läßt dieser erste Abschluß schon erkennen, obwohl die jetzt ausgewiesenen Bilanzfiguren sich durch die Verschmelzung von Grund auf verändert haben und einen Vergleich mit dem letzten Jahre nicht zulassen. Trotzdem erscheinen der mit 3,7 Millionen Mark ausgewiesene Rohgewinn und der Reingewinn von 0,46 Millionen Mark sehr hoch, denn die Handelsauskosten sind durch die Fusion und die Umstellung der Hupfeld-Betriebe im Berichtsjahr stark belastet worden.

In der Bilanz erscheinen nur Grundstücke und Gebäude mit zusammen 3 Millionen Mark. Sämtliche Anlagen dagegen mit dem hochwertigen Maschinenpark — insgesamt 58 Konten — sind bis auf eine Mark abgeschrieben und bilden eine kaum abzuschätzende Reserve der Gesellschaft. Obwohl die von Hupfeld übernommenen Schulden noch mit 5,7 Millionen Mark ausgewiesen werden, ist die Finanzlage nicht gespannt zu nennen, denn ihnen stehen rund 9,4 Millionen Mark Betriebsmittel, davon 4,4 Millionen Mark Vorräte und 4,9 Millionen Mark Forderungen, auf der Aktivseite gegenüber. Auf der Generalversammlung führte der Vorsitzende aus, daß die Finanzlage sich seit dem Abschluß bereits günstiger gestaltet und die Fusion sich sehr günstig ausgewirkt habe.

**Auslandsanleihe für Bodenverbesserungen im Reich.** Der Reichsernährungsminister scheint an die Aufnahme einer großen Auslandsanleihe für Bodenverbesserungszwecke, genannt wurden früher 200 Millionen, jetzt ernsthaft heranzugehen zu wollen. Die Rentenbank-Fred-Janss, die über die Anleihe schon verhandelt, soll dabei mit einer Verzinsung von 7 bis 8 Proz. rechnen. Verwaltungskosten eingerechnet. Die Anleihe dient der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und der Verminderung der landwirtschaftlichen Einfuhr. Ackerdrainagen, Eindeichungen hochwertiger und fruchtbarer Bänder, genossenschaftliche Ent- und Bewässerungen sind der Zweck. Die genossenschaftlichen Bänder sollen die Restitutionskredite verteilen. Auch Einzelkredite kommen in Frage, jedoch müssen dabei besondere Bedingungen erfüllt werden. Die Gesuche sind an die Regierungenpräsidenten und Landesfiskuspräsidenten zu richten, wo sie geprüft und den betreffenden Provinzialbanken zugeleitet werden. Aus Reichsmitteln soll für die ersten fünf Jahre der zu zahlende Zins auf 4½ Proz. ermäßigt werden. Jedenfalls wird aber erst in einigen Monaten die Sache praktisch, sofern die Anleihe überhaupt zustande kommt.

**Für preussische Moorkultur und spätere Siedlung 9 Millionen.** Das preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf über die Bereitstellung von 9 Millionen Mark für die Entwässerung und Kultivierung der Moore rechts von der Ems in den Kreisen Himmelfing und Ubbendorf (Bezirk Osnabrück) vorgelegt. In den genannten Kreisen liegt ein zusammenhängendes, völlig unbenutztes Hochmoorgebiet in Größe von 20 000 Hektar. Davon hat der preussische Staat 5000 Hektar erworben. Um das Land abzuschließen, ist der Bau eines 23 Kilometer langen Hauptvorfluters notwendig, der das Hochmoor in nördlicher Richtung durchziehen soll. Nach der Entwässerung und Kultivierung des Gebietes werden im Laufe von 15 bis 20 Jahren 800 bis 1000 neue Siedlungen errichtet. Für die Besiedlung kommen in erster Linie die nachgeborenen Söhne der früheren Eigentümer in Betracht.

**Die Loewe-Radio G. m. b. H., Berlin-Steglitz, Wiesenweg 10,** weist darauf hin, daß sie mit der Firma Ludwig Loewe u. Co. Aktiengesellschaft, Berlin, Brunnenstraße, nichts zu tun hat und daß die Ludwig Loewe A.-G. auch in der Radioproduktion nicht tätig ist.

## Dividendensegen bei Siemens.

Schudert auf 9 Proz., Halste auf 12 Proz. erhöht.

In den Aufsichtsratsitzungen der Siemens-Schudert und der Siemens u. Halste A.-G. Berlin wurde beschlossen, die Dividende bei Siemens-Schudert von 8½ auf 9 Proz. und bei Siemens u. Halste von 10 auf 12 Proz. zu erhöhen. Der ausgewiesene Reingewinn ist bei Siemens-Schudert mit 14,7 Millionen Mark um 21 Proz. und bei Siemens u. Halste mit 18,8 Millionen Mark um 23 Proz. gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

## Aufschwung Cöpenicker Genossenschaftsbank.

Die Cöpenicker Bank e. G. m. b. H. hält auch in diesem Jahre an ihrer Tradition fest, als erste Bank ihren Jahresabschluss zu veröffentlichen. Mitgliedsanzuwachs und Bilanzfiguren lassen einen kräftigen Aufschwung dieser typischen Volksbank für den gewerblichen Mittelstand erkennen. So stieg der Umsatz von 156 auf 222 Millionen und hat sich gegenüber den 109 Millionen Mark im Jahre 1925 mehr als verdoppelt. Die Zahl der Konten, die 1925 noch mit 4253 aufgeführt wurde, hat mit 10 457 einen Zuwachs um 150 Proz. erfahren, die Zahl der Sparkassenkonten hat sich in derselben Zeit sogar verdreifacht. Durch die Neuaufnahme von 1269 Mitgliedern, denen nur 475 Austritte gegenüberstehen, hat sich das Geschäftsvolumen der Genossenschaft um 55 Proz. auf rund 2,0 Millionen Mark erhöht, so daß einschließlich 0,42 Millionen Mark Reserven fast 2,5 Millionen Mark Eigenkapital zur Verfügung stehen. Durch den starken Zufluss fremder Gelder — die Schuldbilanz weist 11,0 Millionen gegen 7,0 Millionen im Vorjahr aus — konnte der Kreditbedarf der Mitglieder weitgehend befriedigt werden. So waren am Jahresende 12,2 Millionen Mark ausgeliehen, von denen 0,7 Millionen Mark durch Hypotheken, der Rest durch Wechsel und Wertpapiere gedeckt war. Der Reingewinn, der sich mit 289 000 Mark verdoppelt hat, läßt wieder die Zahlung einer 10 prozentigen Dividende zu. Durch die Ausdehnung des Geschäftsbereichs wurde die Zahl der Angestellten von 64 auf 82 erhöht. Auf unsere schon in

den letzten Jahren gestellte Frage, ob die Bank im Interesse ihrer Mitglieder eine Zinssenkung nicht der hohen Dividende vorziehen sollte, gibt der Bericht allerdings keine Antwort.

## Reichswirtschaftsminister greift nicht ein Nur Untersuchungen gegen die Eisenpreiserhöhung.

Es ist keine offizielle Meldung, aber jedenfalls wird sie mit den Tatsachen übereinstimmen. Von der Stellungnahme des Reichswirtschaftsministeriums zur Eisenpreiserhöhung heißt es nämlich, daß ein amtlicher Schritt zunächst nicht zu erwarten sei. Es soll abgewartet werden, was die Eisenherzeuger sowohl auf die Bekämpfung des weltweiten Eisenhandels wie auch auf die im Interesse der Eisenarbeiter erfolgte Stellungnahme der bayerischen Regierung zur Eisenpreiserhöhung zu sagen haben. Daraus ergibt sich, daß die eisenverbrauchende Industrie selbst, die in der Kol zusammengefaßt ist, es offenbar nicht einmal für nötig gehalten hat, direkt an den Reichswirtschaftsminister zu appellieren. Die mit der Schwerindustrie praktizierende Diplomatie der Eisenverbraucher scheint auch hier an der Zollcourage lieber vorbeigehen zu wollen. Des Ausweichens des Reichswirtschaftsministers wird ihm hoffentlich im Reichstag nicht leicht gemacht werden, denn sein Etat steht ja demnächst zur Debatte.

## Keine Gefrierfleischzufuhr mehr? Die Landwirtschaft hat die Drosselung nicht nötig.

In seinem großen Feldzug, die deutschen Bauern aufzumiegeln, hat der Reichslandbund auch die Beseitigung der zollfreien Einfuhr des Gefrierfleisches einbezogen. Bis zum äußersten wird sich die organisierte Arbeiterschaft dem natürlich widersetzen. Aber die deutsche Landwirtschaft hat die Aufhebung des zollfreien Kontingents auch absolut nicht nötig. Behauptet wurde nämlich immer, daß die Viehzucht darunter leide. Nun zeigt aber eine amtliche Statistik über die am 1. Dezember 1927 vorgenommene Viehzählung, daß

# DIE 6 SALAMANDER EINHEITSPREISE

12.<sup>50</sup> 15.<sup>50</sup> 18.<sup>50</sup>  21. 24. 27.

# SALAMANDER IN GÜTE UND PASSFORM UNÜBERTROFFEN!

# Zahlen von Leben und Tod.

Soziale und wirtschaftliche Ursachen des Geburtenrückgangs.  
Eine Denkschrift über die Volksgesundheit.

Soeben werden in einer Denkschrift, die die Reichsregierung dem Parlament überreicht hat, die wichtigsten Tatsachen über den Stand der Volksgesundheit im Jahre 1926 bekannt, soweit sie durch den amtlichen Gesundheitsdienst kontrolliert werden. Eins fällt von vornherein auf: die Bevölkerung wächst langsamer als früher, und das, obwohl nach der Marktstabilisierung die Zahl der Eheschließungen steigt und bereits ebenso groß ist wie vor dem Kriege! Dagegen ist die Zahl der Lebendgeborenen bedeutend zurückgegangen. So ist die deutsche Geburtenziffer zum erstenmal, wenn man von den Kriegsjahren abieht, unter 20 auf je 1000 der Bevölkerung, nämlich auf 19,5 gesunken. Der sinkenden Geburtenziffer in Deutschland und ähnlich in den nordwesteuropäischen Ländern stehen die stark ansteigenden Geburtenziffern der russischen Länder gegenüber. Beispielsweise betrug die Geburtenziffer in der Ukraine im Jahre 1926 42,1 Lebendgeborene auf 1000 Einwohner.

Die Zahl der Sterbefälle ist von 1925 auf 1926 auf je 1000 Einwohner von 11,9 auf 11,7 Fälle gesunken. Da aber allein durch die Verminderung der Geburten von vornherein etwa 6600 Sterbefälle weniger als im Jahre 1925 zu erwarten waren, so bedeutet das für das Wachstum der Bevölkerung wenig. Der Ueberschuss der Lebendgeborenen über die Gestorbenen ging auf je 1000 Einwohner vom Jahre 1925 bis 1926 von 8,9 auf 7,8 zurück. Wesentlich unter dem Reichsdurchschnitt lag die Geburtenziffer in den Gemeinden mit mehr als 15 000 Einwohnern. Auf je 1000 Einwohner entfielen in Berlin 10,6 Geburten, davon 1,8 uneheliche, bei den anderen Gemeinden im Durchschnitt 15,3 beziehungsweise 2,0 uneheliche Geburten. Da die ehelichen Geburten stärker als die unehelichen zurückgegangen sind, hat der Anteil der letzteren eine nur im Kriegsjahr 1918 übertroffene Höhe erreicht. In den größeren Gemeinden wurden im Jahre 1926 nicht weniger als 13,3 Proz. Kinder unehelich geboren. Die starke Zunahme der unehelichen Geburten erklärt sich zum Teil durch den großen Ueberschuss der Frauen im gebärfähigen Alter. Auf eine Eheschließung des Jahres 1926 kamen in größeren Orten nur 1,6 Lebendgeborene, während dasselbe Zahlenverhältnis im ganzen Reich im Jahre 1925 2,4 und um die Jahrhundertwende rund 4 betrug.

Die Abnahme der Gesamterblichkeit ist zum Teil durch die Verminderung der Zahl der Säuglinge bedingt. Durch die Hebung des Gesundheitszustandes der Säuglinge ist deren Sterblichkeit im Reich im Jahre 1926 auf das für das ganze Reich noch nie beobachtete Minimum von 10,1 Sterbefällen auf 100 Lebendgeborene herabgemindert worden. Für das Jahrzehnt 1901 bis 1910 betrug die deutsche Säuglingssterbeziffer noch 18,1 auf 100 Lebendgeborene.

Im mittleren Lebensalter ist die Sterblichkeit der Frauen im Vergleich zu früher weniger gesunken als die der Männer. Die Ursachen dafür sind zu suchen in der Zunahme der beruflichen Frauenarbeit mit ihren Gesund-

heitschädigungen und in dem starken Anwachsen der nicht selten tödlich verlaufenden Abtreibungen der Leibesfrucht.

Auf dem Lande ist die Kindersterblichkeit viel größer als in den Städten. Von diesen weisen die Großstädte die geringste Säuglingssterblichkeit auf.

Die Angaben über die Todesursachen im Jahre 1926 lassen ebenfalls eine Besserung des Gesundheitszustandes erkennen. Die Sterblichkeit an Infektionskrankheiten hat sich im allgemeinen auf dem niedrigen Stand des Jahres 1925 gehalten. Besonders bemerkenswert ist dabei die weitere erhebliche Abnahme der Tuberkulosesterblichkeit. Dagegen haben sich die Sterbefälle an den in den höheren Altersklassen häufigen Todesursachen entsprechend der fortschreitenden Ueberalterung der deutschen Bevölkerung vermehrt. Von den gewaltsamen Sterbefällen haben die Selbstmorde gegenüber dem Jahre 1925 etwas zugenommen: auf 10 000 Lebende von 2,6 auf 2,8 Fälle. Die tödlichen Verunglückungen haben dagegen erfreulicherweise wieder abgenommen: auf 10 000 Lebende von 3,8 auf 3,0 Fälle.

Die Ernährungslage im deutschen Volk hat sich im Jahre 1926 gegenüber dem Vorjahre insoweit gebessert, als die Nahrungsmittel in genügender Menge verfügbar waren. Der Ernährungszustand der Bevölkerung scheint im allgemeinen ausreichend gewesen zu sein, obwohl gegenüber der Vorkriegszeit der Nahrungsmittelverbrauch geringer war; der Konsum hochwertiger Nahrungsmittel hat zugenommen. Allerdings wird aus manchen Verwaltungsbezirken noch über Ernährungsmangel besonders bei den Kindern geklagt. In einigen, besonders industriereichen Gegenden war infolge der Arbeitslosigkeit die Ernährung ungenügend. In ländlichen Gegenden scheinen hier und da Mängel in der Ernährung dadurch aufzutreten, daß die hochwertigen Nahrungsmittel von den Kleinbauern verkauft und die Kinder mit unzureichend zubereiteter Kost ernährt werden. Der Ernährungszustand der Jugendlichen soll sich nach den meisten Berichten gebessert haben, doch hat die Zunahme der Arbeitslosigkeit diese Entwicklung gehemmt.

Der Bericht folgert, daß trotz der im Jahre 1926 an sich ausreichend vorhandenen Nahrungsmenge in einzelnen Bezirken noch gewisse Notstände unverkennbar sind. Es liegt auf der Hand, daß sie vorwiegend bei den wirtschaftlich am ungünstigsten gestellten Volksteilen, den Arbeitslosen, den Sozialrentnern, Kleinrentnern, aber auch kinderreichen Familien mit geringem Einkommen der Ernährer zu suchen sind. Diese Notstände mahnen dringend zur Fortsetzung der Speisung der Schulkinder in weniger günstig gestellten Bezirken, denen namentlich dort, wo Erwerbslosigkeit in stärkerem Umfang herrscht, auch eine planmäßige Speisung von Erwachsenen in Volkstüchen usw. an die Seite treten sollte.

Der Bericht hebt weiter hervor, daß das Verständnis für die Bedeutung körperlicher Sauberkeit sich im Berichtsjahr im allgemeinen gehoben hat. Jedenfalls sind die Klagen über Verlaufsung, Krätze und sonstige Schmutzkrankheiten zurückgegangen. Interessant ist, daß der Bericht die Abnahme der Häufigkeit von Kopfläusen bei Schulmädchen auf die Mode der kurzgeschnittenen Haare zurückführt. Vereinzelt, so in Ostpreußen, im Freistaat Sachsen und in den wirtschaftlich wenig günstigen Gegenden

des Erzgebirges wird aber immer noch über starke Unsauberkeit geklagt.

Die Wohlfahrts- und Fürsorgebestrebungen zur Hebung des allgemeinen Gesundheitszustandes erfahren eine wesentliche Hemmung durch die bestehende Wohnungsnot. Die Bekämpfung der übertragbaren Krankheiten, des Geburtenrückgangs und des unregelmäßigen Geschlechtsverkehrs wird hierdurch stark behindert. Für das Deutsche Reich wird die Zahl der wohnungslosen Familien und Einzelpersonen auf fast eine Million geschätzt. Dabei sind noch viele Wohnungen überfüllt! Mit Recht erklärt der Bericht: wenn man dem Anspruch der in das heiratsfähige Alter stehenden Menschen auf eine eigene Häuslichkeit nicht entsprechen könne, könne man auch den Liebesständen des Geburtenrückgangs, des unregelmäßigen Geschlechtsverkehrs, der Abtreibungen usw. kaum mit Erfolg entgegen treten. Die Denkschrift gibt schließlich einen vorläufigen Ueberblick für das Jahr 1927.

Der Gesamteindruck bleibt im allgemeinen günstig, allerdings ist der Geburtenrückgang weiter fortgeschritten. Die allgemeine Sterblichkeit scheint sich ein wenig erhöht zu haben. Die Säuglingssterblichkeit hat etwas abgenommen. Dagegen scheint die Sterblichkeit der Älteren ein wenig gestiegen zu sein, und zwar vor allem wegen der Grippeepidemie im Frühjahr. Eine größere Beachtung erlangte die spinale Kinderlähmung mit rund 2700 Erkrankungen und 300 Sterbefällen im ganzen Reich. Die Tuberkulosesterblichkeit ist weiter gesunken. Die Selbstmorde nahmen in den Großstädten wieder etwas ab, die tödlichen Verunglückungen steigerten sich etwas. Auch die Ernährungslage hat sich gegenüber dem Vorjahre gebessert, ebenso die Arbeitsverhältnisse.

Zusammenfassend erklärt der Bericht, daß sich ein allgemein befriedigender Gesundheitszustand des deutschen Volkes ergibt. Die Verbreitung der übertragbaren Krankheiten ist im Vergleich zu früheren Jahrzehnten überaus gering, die Sterblichkeit an den übrigen Krankheiten ist im Gegensatz zu dem steigenden Krankenbestand der Krankenkassen niedrig.

## Prof. Schmitz an den Kultusminister.

Professor Hermann Schmitz hat an den Kultusminister folgendes Schreiben gerichtet:

Neubabelsberg, den 23. Januar 1928.  
An den Herrn Preussischen Unterrichtsminister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Berlin.  
Die Schreiben vom 21. November und 19. Dezember lassen keinen Zweifel darüber, daß ich um sofortige Entlassung aus dem Staatsdienst ersucht habe. Bei dem Gesuch hat es sein Verbleiben. Auf die Pension verzichte ich, da ich mich auf Grund Ihrer Mitteilung vom 3. Januar überzeugt habe, daß sie mir nach dem Gelehrtenrat bei Befreiung der Diensttauglichkeit zusteht; davon ist aber keine Rede, was ich im Hinblick auf die in meinem Schreiben vom 19. Dezember erneut berührten, mich betreffenden Urteile des Herrn Ministerialrats Dr. Ernst Gall hervorhebe. Im übrigen verweise ich auf den Inhalt meiner durch die Presse veröffentlichten Erklärung.  
H e r m a n n S c h m i t z.

# Alexander Adam's Billige Woche!

Berlin N., Chausseestr. 42

Sie möchten eine Extratour.  
Doch fehlt das Fahrgeld leider nur?  
Ich gebe Straßenbahn-Fahrgeld und noch 5 Prozent  
Ein jeder deshalb meine Firma kennt!

Garnitur dreiteilig 325 an  
engl. Tüll, enorm billig von

Garnitur dreiteilig 650 an  
engl. Tüll, streng modern  
— und in jeder anderen Preislage —

Madras-Garnituren

Garnituren dreiteilig 525 an  
neue Muster

Garnituren dreiteilig 850 an

Garnituren dreiteilig 2250 an  
extra breit

Etamin-Bettdecken 450 an  
zweibettig, mit Einsatz von

Engl. Tüll-Bettdecken 850 an  
II bettig von

Engl. Tüll-Bettdecken 325 an  
I bettig von

Etamin-Halbstores mit Einsatz 275 an  
u. Spitze, sehr preiswert Stck. v.

Engl. Tüll Halbstores 295 an  
Stück . . . . . von

Etamin 150 cm breit 062 an  
pro Meter . . . . . von

Madras ca. 130, p. Meter von 195 an

**Ausserdem:**  
Ein Posten leicht angestaubter  
Garnituren, Bettdecken,  
Stores und Meterware  
ganz besonders billig!

Teppiche in allen Größen  
sehr preiswert!  
Läuferstoffe p. Meter von 95 an  
Linoleum / Wachstuche

Wer  
weisse  
waren  
Vorverkauf heute!  
Will,  
wählt:  
Fabrik  
Bettfedern-Lustig  
Gustav  
Prinzen-Str.  
ECKE  
Sebastian-Str.  
Wilmersdorfer-Str.  
138  
an der Bismarck-Str.

Bettfedern-Bettbezüge  
Bettlaken-Überlaken  
Handtücher-Wischtücher  
Wäschestoffe  
Damenwäsche  
Schlafdecken  
Metallbettstellen  
Weisse Möbel  
Kinderbettstellen

Deutscher Metallarbeiter-Verband  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter  
Wilhelm Kutschenreiter  
am 26. d. M. gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Montag, dem 30. Januar, nachmittags 1/2 4 Uhr, am Friedhof des Marienkirchhofes in Stn.-Wilhelmsberg aus statt.  
Ferner verliert unsere Kollegin  
Anna Kuczmarowicz  
am 22. d. M.  
Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 26. Januar, nachmittags 3/4 4 Uhr, im Krematorium Gerichtshofstr. statt.  
Es sei ihrem Andenken!  
Kege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

Rind- u. Schweine-Schlächtere  
Max Jobski  
Putbusser Straße 6  
Qualitätsware / Billigste Preise

Am 25. Januar, 18<sup>1/2</sup> Uhr, entschlief sanft unser lieber herzensguter Bruder und trauer Kamerad  
Amandus Wehmer  
im 72. Lebensjahre.  
Elisabeth u. Franz Wehmer.  
Neukölln, Faldenstr. 83.  
Die Einäscherung findet am Montag, dem 30. Januar, 13<sup>1/2</sup> Uhr, im Krematorium Baum-schulenweg statt.

Am 25. Januar starb plötzlich und unerwartet unser alter langjähriger Genosse  
Amandus Wehmer  
Neukölln, Faldenstr. 83.  
Es sei seinem Andenken!  
Um zahlreiche Beteiligung an der Beerdigung am Montag, 30. Jan., im Krematorium Baum-schulenweg bittet  
Der Vorstand der 90. Abteilung.

Blumenspenden  
über Br.  
Herrn Dr. Ernst  
Paul Gollets,  
born. von Frau  
Mariannenstraße 1,  
1. Ode Raumstr.  
Karl Hoyerstr. 103-03

Krause-Pianos  
zur Miete  
Wob. Ansbacherstr. 1

Donnerstag.  
Für die heilige Teilnahme bei der Einäscherung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Trösters  
Karl Schillfke  
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Redner des Bezirks für Friedhöfen, meinen innigsten Dank.  
Pauline Schillfke nebst Kindern.

Eisu-tall-Betten,  
Kinderbetten, Stahlmatt. gütst. an Priv.  
Kat. 2049r. Eiseambettfab. Paul (Tür)

## Die Häßlichen.

Von Bela Révész.

In unserem Hause herrschte große Aufregung. Die zerzausten Weiber krochen aus den Zimmern hervor und ließen den Mädchen nach, die sich im Stiegenhaus drängten. Vom dritten Stock aus flog die Sensation von Mund zu Mund. Rotbäckige Arbeitermädchen liefen oben: „Sie kommen schon . . .“ Unruhige, laute Stimmen gaben es weiter: „Sie kommen schon . . . sie kommen schon . . .“ Aus dem Stiegenhaus schlingelte sich ein feierlicher Zug hinab. Frauen und Mädchen in schönen, reinen Kleidern umgaben die blonde Braut. Auf dem Kopfe trug sie einen Myrtienkranz, man führte sie in die Kirche zur Trauung. Gerührt und mit zeremonieller Langsamkeit schritten sie einher. Die Mädchen rauchten sich um die guten Plätze und sie leuchteten und klüfferten, aber sie jauchzten auch, als die Braut in ihrem schneeweißen Kleid an ihnen vorbeischaute. Der Hochzeitszug schwanm langsam auf den ersten Stock hinunter. Hier war der Kampf noch heftiger; mit lächelndem Gesicht, strahlenden Augen stießen einander die Menschen, und nach vorne kam, wer geschickter war. Zwei Menschen wurden hinter die fröhlichen Mädchen gedrängt. Sie kamen nebeneinander zu stehen, und sie bemerkten einander. Auch sie packte die Aufregung, und in den Hintergrund gedrängt, betrachteten sie einander ganz sonderbar und mit weit aufgerissenen Augen: der bucklige junge Mann und das lahme Mädchen. Sie wurden miteinander bekannt.

Es war der Monat Mai und unser Haus glich einem großen Käfig, in welchem Menschenpaare girrten. Um sie herum erwachten die Bäume des Stiegenhauses in hochzeitlicher Sonne. Knospen sprangen neben Knospen, und bei uns in den Stockwerken fanden sich verliebte Arbeiterpärchen. Rilde, duftende Abende waren den jungen Leuten gnädig. Sobald die Dämmerung mit ihren Flügeln einhergezogen kam, setzten sich die verliebten Paare hinaus vor die Tür, es wurde immer dunkler, die Korridore bürsten — gleich geheimnisvollen Lauben — flüsternde Menschen in sich, und das Geräusch von Küßen, Seufzern durchbroch die melancholische Stille.

Au den verliebten Abenden setzten sich auch die beiden Krüppel zusammen, und wenn sie nicht sprachen, schauten sie in das Lal des Hauses hinab, beobachteten das Spiel der Dämmerung, ihre Blicke suchten mit gierigen Zudungen die sich ins Dunkel hüllenden Paare, und sie bewunderten starr die verworrenen, schneierhaften Umarmungen. Der bucklige junge Mann berührte eines Abends mit seiner langen knöchigen Hand den Arm des lahmen Mädchens und sprach zu ihr:

„Annuska, ihr vermietet ein Zimmer?“

Das verkrüppelte Mädchen fuhr zusammen und erwiderte rasch, niemilos:

„Ja . . . kommen Sie zu uns wohnen . . .“

Es war ein feierlicher Abend, als der Bucklige bei Annuskas Eltern einzog. Die beiden alten Leute empfingen lächelnd den neuen Mitbewohner, und Annuska führte ihn zu einem großen Käfig, in welchem Kanarienvogel hockten. Sie klopfte an den Käfig und die weißen Vögel flogen erschrocken zwischertend auf. Das lahme Mädchen lachte und deutete auf die Vögel:

„Meine Freunde.“

Der bucklige Mann erfuhr alsbald, daß Annuskas Vater ein Vogelhändler gewesen ist, der sich — als er auf seine alten Tage das Geschäft aufgab — mit diesen Kanarienvögeln in den Ruhestand zurückzog. Die Kaufbahn, auf der man seinen Verdienst nachgeht, formiert nach sich den Charakter jedes einzelnen Menschen, und das tumultuöse Singevogel verbrachte lange Leben ist die wahrscheinlichste Erklärung dafür, daß Annuskas Familie immer jangesüftig war.

Ein Feiertagabend war das Einziehen des Buckligen, der sich so rasch in die Familie hineinfand, wie in den Hof des Ballmondes die dorthin verirrten Sterne. Der neue Mitbewohner war Musiker in einem Theaterorchester, und mit seiner Violine ertönte in der jangesüftigen Familie eine neue Stimme. Der alte Vogelhändler spielte auf der Zither, Annuska sang träumerisch, ihre weißhaarige Mutter begleitete sie mit warmer Stimme, der Bucklige aber kränzte mit feinem Flötenspiel schön und harmonisch die sonderbare Musik. Ungarische traurige Liebeslieder kamen aus dem Fenster der Eltern, Annuskas gefastert und ließen sich bei den auf den Korridoren träumenden Brautpaaren nieder. Die vor Monate ertitternden jungen Leute ließen die Lieber nicht mehr aus, leise woben sie auch ihren eigenen Gesang in diese ein, und Musik und Gesang flutete durch das Haus, auf welches sich mit frischem Blumenduft die Maiennacht senkte.

Von da ab gab es jeden Abend eine Serenade. Wenn sie zu Ende war, bewegten sich die jungen Leute auf den Korridoren und sie gingen Arm in Arm singend zum Stiegenhaus. Wandenden Schrittes brachen sie alle zum Malenpaziergang auf und der Park vor dem Hause breitete seine Arme schon von weitem nach ihnen aus. Im Schatten der Flieder- und Jasminbüsche gingen Brautpärchen spazieren, und allabendlich waren auch die beiden Krüppel hier, inmitten der mit dem Herzen sprechenden Menschen. Jemande geheime Freundschaft trieb sie zueinander. Im übrigen sprachen sie hier im Park fast gar nicht, sie saßen nur nebeneinander, mit tiefem Schweigen, auf der grünen Bank, hin und wieder aufeinanderblickend. Eines Abends war der Bucklige etwas unruhig. Er hob sein hartes, gelbes Gesicht zum Himmel empor, und auch das lahme Mädchen blickte in die Höhe. Der Himmel über ihren Köpfen glich einem märchenhaften Baldachin. Das lichtblaue Firmament war weich wie Samt, und wie schaumige Seide ballten sich die weißen Wolken auf ihm. Plötzlich hub der Bucklige zu sprechen an:

„Ach habe ein so sonderbares Gefühl, wenn der Mond scheint.“

Das lahme Mädchen hob den Blick zu ihrem Freunde, und ihr Gesicht drückte Neugierde aus. Sie wußte nicht, was sie darauf sagen sollte, sie überlegte eine Weile und ließ dann den Kopf sinken.

„Auch ich.“

Der Musiker gaffte wieder zum Himmel hinauf. Der Mond schien mit magnetischer Kraft auf seinen gnomenhaften Kopf. Sein hartes Gesicht drückte große Aufregung aus, als er zu sprechen begann:

„Ich bin noch immer kein Großstädter. Um solche Zeit, wenn der Mond scheint, bin ich zu Hause in dem kleinen Städtchen, wo es keine Paläste gibt. Hier muß ich außerhalb der Stadt gehen, wenn ich den Mond sehen will. Die Paläste überbergen ihn, fangen seine Strahlen auf. Ich liebe aber den Mond, und ich weiß immer wann Vollmond ist. Dann schaue ich zwischen den Palästen immer zum Himmel hinauf und ich sehe . . . unsere weiße Gasse, in der keine Patrone brennt, die Donau, das Kloster mit der goldenen Kugel, aus welchem schneeweiß gekleidete Nonnen herauschauen . . . und es

geht mir durch den Kopf, wieviele Menschen um diese Zeit verliebt sind . . .“

Im Jasminstrauch hinter den beiden Krüppeln rauschte es plötzlich auf. Ein kurzes, heißes Lachen erklang, dann zitterte es weiter in winzigen Trillern, jauchzend, zu einem Seufzer ersterbend und verfiel in einem plötzlichen stummen Kuß. Es verfiel dem Buckligen die Rede, und er blickte verwirrt auf Annuska. Dann starrten sie beide zur Erde, und sie rückten auf der grünen Holzbank langsam, mit heimlichen Bewegungen näher zusammen. Das Mädchen unterbrach als erstes das Schweigen, aber sie hob ihren Blick nicht von der Erde.

„Ich bin nicht mit diesem Fuß zur Welt gekommen. Ich war krank, und da wurde ich so . . .“

Der Bucklige rüschte neben das Mädchen, sie fühlten schon die Hitze ihrer Körper, er spann seine Worte leise, furchtbar in die Worte des Mädchens:

„Mich hat die Kruppe fallen lassen, zwei Jahre war ich damals alt . . .“

„Ach, wie habe ich mich geschämt . . .“

„Ich wagte nicht, auf die Mädchen zu blicken . . .“

„Ich wollte immer lieben und habe es doch nicht gewagt.“

Sie verstummten, erfüllt von herrlichen Visionen, und sie warteten feige und auf irgendbein blendendes Ereignis. Wieder erscholl heißblütig ein Kuß hinter ihrem Rücken. Verliebt begannen ihre Hochzeitspiele. Der Bursch erzitterte, weiße Jasminblüten fielen auf die häßlichen Menschen. Das lahme Mädchen vergrub ihr Gesicht in beide Hände und schluchzte, der Bucklige aber tappte noch ihrer Hand, löste einseitig ihre Finger los und umfaßte sie mit seiner Hand, als sie einander anblitzten, fielen sie sich in die Arme und vereinten sich in einem fast noch kindlichen Kuß. —

(Berechtigter Uebersetzung von H. Mezel.)

## Das Glüheisen als Heilfaktor.

In der letzten Sitzung der Berliner Medizinischen Gesellschaft hielt Prof. Bier, der bekannte Berliner Chirurg, einen Vortrag über die Bedeutung des Glüheisens als Heilfaktor. Seine Ausführungen riefen das allergrößte Interesse hervor. Man ist in Verzetzen allgem. der Ansicht, daß die Mittelungen Prof. Biers geeignet sind, die Behandlungsmethode zahlreicher Erkrankungen, insbesondere die Heilung von Infektionskrankheiten, weitgehend umzugestalten.

Prof. Bier, der ein sehr genauer Kenner der Geschichte der Medizin ist, knüpft an die Jahrtausende alte Anschauung, die einst Hippokrates geäußert hat, an und vertritt die Ansicht, daß in vielen Fällen, in denen die medikamentöse Behandlung oder das Messer des Chirurgen keine Hilfe zu bringen in der Lage sind, das Glüheisen Rettung zu bringen vermag. Im Anschluß an Verbrennungen bilden sich im Körper Stoffe, die verschiedenartigen Leiden, namentlich infektiösen Krankheiten entgegenwirken. Prof. Bier hat nun nicht etwa, wie das in längst vergangener Zeit einmal geschah, Hautpartien bebrannt, sondern bei seinen Operationen Hautlappen abgehoben und das darunterliegende Gewebe mit einem besonders hierzu konstruierten Glüheisen — bei örtlicher Betäubung des Patienten — bebrannt. Auf diese Weise konnte er zahlreichen Kranken Hilfe bringen. Die Erfolge seiner Glüheisenbehandlung erstrecken sich auf eine Zeit von bisher drei Jahren. Verschiedene hervorragende Ärzte in Charlottenburg-Wilmersdorf bestätigten ihm, daß eine Reihe von Patienten, die als „hoffnungslose Fälle“ angesehen werden mußten, mit Hilfe des Bier'schen Glüheisens erkrankt behandelt worden sind. Prof. Bier konnte ferner mitteilen, daß gewisse Arzneien bei Patienten, die zuvor mit dem Glüheisen bebrannt waren, eine besonders günstige Wirkung auszuüben vermochten.

Es ist nicht das erste Mal, daß Prof. Bier eine Umwälzung der Anschauungen in der Medizin hervorruft. Es sei nur an die „Bier'sche Stauung“ in diesem Zusammenhang erinnert. H. H.

# Jubiläum der Schreibmaschine.

1828—1928.

Als der französische Akademie zum ersten Male ein Photograph Edjfon vorgeführt wurde, brach eines ihrer Mitglieder in Berrückungen über den Tischenspieler aus, der sie mit Baudrednerei narre. Und die erste Eisenbahn von Fürth nach Nürnberg stieß bekanntlich auf die erbittertsten Bedenken medizinischer Kapazität, die von ihrer Geschwindigkeit den Irrsinn für die Menschen voraussetzten.

Auch dem ersten deutschen Konstrukteur einer Schreibmaschine, über die eine Patentbeschreibung vorliegt, dem Erfinder des Fahrreides Karl von Drais, blieb das Geschick nicht erspart, von einer hochweisen Behörde als Humpelmann behandelt zu werden. Das bairische Patentamt nannte 1835 seine Erfindung eine „mechanische Rarrheit und alderw Erfindung“ und lehnte die Erteilung eines Patentes ab.

Heute beherrscht die „mechanische Rarrheit“ der Schreibmaschine Bureaus und Kontore, Reporterloas und Arbeitszimmer der Dichter und Gelehrten. Auf Dybandaplern und in Luxusjügen wie den großen transkontinentalen Flugzeugen beansprucht sie als Selbstverwirklichtung ihr Recht. Sie hat die Feder, das Attribut des geistigen Menschen, so sehr entthront, daß man sie mit Recht den vollendetsten Ausdruck der Mechanisierung unseres Zeitalters nennen dürfte. Erfordert sie doch in ihren modernsten Ausführungen keine andere körperliche Anstrengung mehr, als das Berühren der Buchstabenstäfte; der elektrische Strom, der dabei eingeschaltet wird, reißt sie dann nieder und drückt die Buchstaben auf das Papier.

Bei den ersten überhaupt bekanntgewordenen Schreibmaschinenmodellen war das anders. Sie verlangten starke Kraftleistung zu ihrer Handhabung: sie sollten nicht schreiben, sondern Zeichen prägen, um blinden Menschen die Möglichkeit zu geben und zu schreiben zu geben. Die Schreibmaschine, die heute der wichtigste Helfer der geschäftigen Leberden ist, war in ihren Anfängen gedacht als Stütze der Blinden. Ihre Idee war nicht von Geschäftsgeist, sondern vom Mitleid eingegeben. Und da damit kein Geschäft zu machen war, blieb es bei Verjungen, die nicht über die ersten unsicheren tastenden Schritte hinausgelangten. So wußte man aus einer Beschreibung des Patentes, das 1774 dem Engländer Mill für ein mechanisches Schreibzeug erteilt wurde, daß es sich um einen Apparat handelte, der für Blinde fühlbare Zeichen ins Papier stanzt. Die Maschine selbst ist nicht erhalten, so wenig wie ihre französische Nachfolgerin von 1784, die gleichfalls Blinden dienen sollte, oder die deutsche Konstruktion des Breslauer Blindenschrifters Anie von 1818. Alle diese Erfindungen waren zur Ermöglichung des Schriftverkehrs von Blinden bestimmt, alle sind verlorengegangen, weil sie kein breites Interesse erwecken konnten.

Der erste Apparat, der den Namen Schreibmaschine im heutigen Sinne verdiente, wurde 1828 konstruiert. Dies Jahr ist daher als das eigentliche der Geburt des Instrumentes moderner Ziel- und Massenherstellung anzusehen. Im Frühjahr 1828 legte der Italiener Conti seine von ihm „Lithograph“ genannte Leistenhebelmaschine der französischen Akademie vor, die sich dafür lebhaft interessierte. Sie erwarb die Konstruktion, die sich aber nicht durchsetzen konnte. Des Schicksales der Erfindung von Drais 1835 wurde schon gedacht. Das Modell wies schon ganz moderne Eigenschaften auf: das Papier lief über eine Art Walze und wurde automatisch weiterbewegt. Drais konnte seine Erfindung denn auch mit gewissem Recht bereits „Schnellschreibmaschine“ nennen.

1839 konstruierte der französische Physiker Foucault, der in der Geschichte der Technik, besonders durch seine Erfindung des automatischen Dampfregulators, bekanntgeworden ist, gleichfalls eine Schreibmaschine, die er Schreibzettel nannte. Ihr Zweck sollte nicht Beschleunigung des Schreibens, sondern Hilfe gegen den Schreibkrampf bei Bleistiftschreibern sein. Sie hatte die Gestalt einer Halbkugel, in der radial Schreibstifte angeordnet waren. An ihrem unteren Ende saßen die Schriftzeichen, die, wenn sie niedergedrückt wurden, in die Mitte der Halbkugel trafen. Das darunter liegende Papier mußte mit der Hand fortbewegt werden und war mit einem Papierbogen überdeckt, damit sichtbare Buchstaben entstanden. Auch behielt Foucaults Mechanismus seine Type für jeden Buchstaben, sondern diese mußten immer aus den Zeichen mehrerer Leisten zusammengesetzt werden. Um ein A zu schreiben, waren gleichzeitig vier Leisten anzuführen. Auf diese freilich umständliche Weise

larm Foucaults Maschine mit 8 Leisten für das ganze Alphabet lateinischer Großbuchstaben aus. Kleine Buchstaben konnten, wie mit allen vorhergehenden Maschinen, nicht geschrieben werden. Die erste Schreibmaschine mit großen und kleinen Buchstaben wurde vielmehr erst 1850 von dem Engländer Hughes unter Benutzung Foucaultscher Ideen gebaut, die übrigens noch bis in die achtziger Jahre immer wieder die Erfinder angeregt haben. So war auch die erste Schreibmaschine mit Farbband, also mit der bewußten Einstellung auf den Dienst für die Sehenden, die von den Dänen Hansen und Ralling 1878 vorgeführt wurde, nach dem Foucaultschen Vorgang gebaut. Sie unterschied sich von der ursprünglichen Schreibzettel sowohl noch durch die verbesserte Papierführung: der zu beschreibende Bogen spannte sich über einen Zylinderrahmen und lief automatisch weiter. Mit dem Leistenhebel wurde zugleich ein Anstoß gegen die Rückseite des Papiers gedrückt, so daß die Type beim Aufschlag den notwendigen Druck ausübte und hand. Die Schrift erschien sichtbar, ein Vorteil, der dann lange Jahre bei der weiteren Durchentwicklung der Schreibmaschine bis zur modernen Vollendung wieder aufgegeben werden mußte.

Diese erhielt sie erst in dem größten Schmelzriegel praktischen Ruhens unserer Zeit, in Amerika. Hier wurde zuerst das noch heute gebräuchliche Typenhebelgesetz angewandt, das neben der Erzielung größter Schreibgeschwindigkeit die Möglichkeit bot, alle notwendigen Buchstaben und Schriftzeichen bequem unterzubringen. Die Typenhebel selbst waren kreisförmig angeordnet. Konstrukteur dieser Urform unserer modernen Schreibmaschinen war der deutsche Mechaniker Schwabach, der sie 1867 in Milwaukee zum ersten Mal vorführte. Als die Maschine auf einer Ausstellung den ersten Preis errang, bildete sich eine Aktiengesellschaft für ihre Herstellung, an der auch Schwabach beteiligt war. Später wurde er abgehängt und soll insgesamt das fürstliche Honorar von 300 Dollar für seine Arbeit erhalten haben. Sein Patent ging dann bald an die bekannte Remington-Gesellschaft über, die Schwabachs Konstruktion weiter durchbildete und so als Vorbauer ihrer Fabrikate anerkannt muß. Alle nach Schwabachs Prinzipien gebauten Maschinen hatten — neben dem großen Vorteil ihrer Schreibgeschwindigkeit — den starken Nachteil, daß ihre Schrift unsichtbar blieb, weil die Typen von unten gegen den Papierbogen schlugen. Erst wenn man diesen hochklappte, konnte man das Geschriebene lesen. Jahrzehnte waren nötig, um bei den Schnellschreibmaschinen die Schreibgeschwindigkeit mit der direkten Sichtbarkeit der Schrift zu vereinigen.

Auch das Farbproblem hat bis zur Lösung viel Schweiß gekostet. Die Anwendung des Farbbandes wie bei der Hansen'schen Schreibzettel von 1878 ist erst mit Beginn unseres Jahrhunderts allgemein üblich geworden. Bis dahin begnügte man sich hauptsächlich mit der Einfärbung der Typen, die in der Rubelage auf Stempelflächen aufgedrückt. Auch ließ man, ehe die Typen auf das Papier schlugen, gefärbte Filzrollen darüber streichen. Heute gibt es kaum noch Maschinen, die des Farbbandes entbehren.

Es ist ein langer Weg, den die Schreibmaschine im ersten Jahrhundert ihres Bestehens von den Anfängen bis zur heutigen Vollendung zurücklegen mußte. Ursprünglich als Hilfsmittel für Blinde gedacht, dann als Vorbeugemittel gegen den Schreibkrampf, wurde sie zuletzt zum Besten der modernen Wirtschaftsausschüttung, der ihrer Hilfe gewiß wesentliches zu verdanken hat. Auch die Wechselwirkung blieb nicht aus. Die Vielheit der Systeme, die von der Jahrhundertwende bis in unsere Tage gerade die Schreibmaschinenindustrie kennzeichnete, beginnt unter den Anforderungen der Praxis allmählich zu schwinden. Immer mehr nähern sich die verschiedenen Typen von Schreibmaschinen einander. Und schon ist die Ueberzeugung lebendig geworden, daß die Herstellung genormt werden müsse, um von den jetzt noch unerschwinglich hohen Preisen für Qualitätsmaschinen herunterzukommen. Schon vor zwei Jahren veröffentlichte der Normenausschuß der deutschen Industrie Normen für Schreibmaschineneinheiten, ein Beweis dafür, daß der verteuerte Unfug der vielartigen konkurrierenden Systeme mit ihren doch nur in Einzelheiten abweichenden Konstruktionen erkannt ist. Vielleicht erlebt noch unsere Generation den Tag, da Schreibmaschinen so billig geworden, daß sie Lebermannsche sind. Dann würden in Wahrheit Tinte und Federhalter so der Bergengenheit angehören wie jetzt schon Pferdebahnen und Petroleumlampen.

AM MONTAG DEN 30. JANUAR  
BEGINNEN UNSERE

# WEISSENWOCHEN

HEUTE SONNABEND  
VORVERKAUF

# LEITZ

